

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkthätigen Volkes.

Mitgliedsbeitrags pro Monat inkl. Bringerlohn 70 Pf., bei Selbstabholung 60 Pf.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 80 Pf., bei Selbstabholung 70 Pf. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4527) vierteljährlich 2.10 M., für 2 Monate 1.40 M., für 1 Monat 70 Pf. zzgl. Bestellgeb.

Redaktion: Tauchaer Str. 19/21.  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung, Leipzig.  
Telefon 2721.  
Sprechstunde: 8—7 Uhr abends.

Inserate werden die gespaltenen Petitionen oder deren Raum mit 25 Pf. für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pf. berechnet. Schwieriger Soz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Schluss der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr. — Ausgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Tauchaer Straße 19/21. Geschäftzeit 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen.

## Dr. Sigl.

\* Leipzig, 14. Januar.

Man schreibt uns aus München:

Mit dem ganzen Römis seiner Kirche, für die er einst so tapfer gestritten, wurde der Bielgeschmähte am Sonntags zu Grabe getragen. Als er nach mehr als dreißigjährigem Kampfe die Föder niedergeliegt, war ihm nicht, wie er es wohl verdient hätte, ein heiterer Lebensabend beschieden. Aber wenn ihn nicht die unheimliche Krankheit langsam zwar, doch mit Sicherheit überwältigt hätte, so wäre er freiwillig nicht vom Kampfplatz abgetreten. Noch äußerte er selbst schon vor Jahren den Gedanken, sich in den Ruhestand zu begeben. Aber man brauchte ihn dann nur zu fragen, ob er den Gang der Dinge in Deutschland werthabtig mit ansehen könne, so erwachte in ihm wieder die alte Kampflust und von den Ruhestandsplänen war keine Rede mehr.

Nicht weniger als 34 Monate mußte Dr. Sigl in bayerischen und österreichischen Gefängnissen absitzen! Solcher „Erfolge“ können sich außer ihm in Deutschland nur noch sozialdemokratische Redakteure rühmen. Sie sprechen deutlich dafür, welch unerschrockener Kämpfer der Vaterlandsredakteur war. Um eines Haars Breite aber hätte er bei nahe seine journalistische Tätigkeit noch teurer büßen müssen. Im Jahre 1866 war Dr. Sigl als Kriegskorrespondent in Böhmen. Seine Korrespondenzen scheinen aber den Preußen nicht sonderlich gefallen zu haben, denn sie setzten auf seine Erfolglosigkeit eine Prämie aus. Doch gelang es ihm, noch rechtzeitig zu fliehen; ein Freund versorgte ihn mit einem falschen Paß. Sigl war aber, da eine fehlhaft erwartete Geldsendung seines damaligen Verlegers ausblieb, fast völlig ohne Vorräte und mußte zu Fuß nach Bayern wandern. Unterwegs traf er in einem Gasthouse eine Gesellschaft preußischer Offiziere, die sich in eine lebhafte Unterhaltung mit dem angeblichen Schulmeister einließen und dabei auch auf den „Fall Sigl“ zu sprechen kamen. Er fragte die Herren, was denn mit dem Sigl geschehen werde, wenn man ihn erwische. O, den hängen wir gleich auf, lautete die tröstliche Antwort, und Sigl erzählte noch öfter mit Schaudern, welche Angst er ausstand, bis er sich auf gute Manier aus dieser peinlichen Gesellschaft entfernen konnte. Er kam übrigens glücklich über die Grenze.

Dr. Sigl wollte ursprünglich Klostergeistlicher werden und befand sich im Jahre 1863 auch schon als Novize im Benediktinerkloster St. Bonifaz in München. Aber er kam bald zur Einsicht, daß er zu diesem Beruf nicht taugt. Nach seiner eigenen Behauptung hat ihm insbesondere das im Kloster übliche Frühstückstehen nicht gepaßt. Abt Haneberg und der kürzlich ebenfalls verstorbenen Förg waren bemüht, dem glänzend begabten jungen Mannen den serieren Weg zu ebnen. Mit einer gewissen Naivität, die einen Grundzug seines Charakters bildete, erzählte dieser

in seinen letzten Jahren wiederholte, wie er vor 1866 gleichzeitig Korrespondent der Preußischen Kreuz-Zeitung und der damals österreichisch gesprochenen Allgemeinen Zeitung war. Die für die Kreuzzeitung bestimmten Artikel diktirte ihm der österreichische Gesandte fast jeden Morgen in die Feder.

Mit dem Gelde, das er sich so erschrieb (es waren 1800 Gulden), gründete er später das Bayerische Vaterland. Die Art dieses Blattes charakterisierte Dr. Mahinger vor Jahren mit diesen Worten: „Vom Vaterland erwartet jeder Leser ein kurzes schärfes und treffendes Urteil über die Tagesereignisse und über die austauschenden Fragen. Die Darstellung im kleinen Rahmen des Vaterland muss geistreich, mit Wit und Humor gepaart sein. Eine solche Redaktions-tätigkeit stellt die höchsten Anforderungen an Wissen und Können, an Geist und Talent in Beurteilung, an Kunst und Gewandtheit in der Darstellung. Im Bayerischen Vaterland sucht der Leser ein Knappa, aber völlig treffendes Urteil über Personen und Dinge, hier erfreut er sich einer ebenso originellen, als geistreichen Auf-fassung der Tagesereignisse, hier trifft er gewandte Schil-derung und lebhaften Stil vereinigt mit der Witz des Humors, des Witzes, der Satire.“

Ein solches Blatt war natürlich eine sündbare Waffe, zumal Dr. Sigl seine Gegner mit genialer Sicherheit stets an der verwindbarsten und schmerhaftesten Stelle zu treffen wußte. Wie kein Zweiter verstand er es, mit einem treffenden Schlagwort den Feind dem Fluch der Lächerlichkeit zu überliefern. Ein jetzt hochberühmter Münze- und Theaterleiter bietet ein prächtiges Beispiel dafür. Der Mann war damals Schauspieler in München und wurde in den Siglschen Aktionen regelmäßig „verrissen“, so daß er dem unbeschwerlichen Kritiker schließlich eine Forderung schickte, die natürlich abgelehnt wurde. Am nächsten Tage aber erschien im Vaterland folgende Briefkastennotiz: „Wir können zwar mit Säbel und Pistole gut umgehen; aber wenn wir Herrn ..... getroffen, werden großen Vogel hätten wir dann geschossen.“ Diese bissige Notiz erreichte in München, wo man die schwache Seite des Künstlers kannte, einen solchen Sturm der Heiterkeit, daß der Münze mindestens vorzog, Dr. Sigl persönlich um gut weiter zu bitten, der dann in der That auch nie wieder ein böses Wort über ihn schrieb. Eine andere, vielbeladene Briefkastennotiz, die ein typisches Beispiel seines Witzes bietet, lautete ungefähr: Wenn Sie sich den Löwen im bayrischen Wappen angehaut hätten, wie er den Schwanz hebt, so würden Sie wohl nicht zu fragen brauchen, warum der preußische Adler die Zunge so weit heraustrückt.

Über Dr. Sigls parlamentarische Tätigkeit urteilen namentlich liberale und Centrumsländer recht abspurend. Auf sein Auftreten im bayerischen Landtag kann nach unserer persönlichen Empfindung dieses Urteil nicht voll antreffen. Dort schlug er sich bei den Abstimmungen über politische Fragen in der Regel auf die radikale Seite. Wenn

ihm der bayerische Bauernbund darin gefolgt wäre, so hätte dieser bei den letzten Wahlen wohl bedeutend besser abgeschnitten. Seitdem fällt Sigl ein recht abspurendes Urteil über die Herren Bauern, daß er in seiner drastischen Weise in einem Wort zusammenfaßte. Aber auch sein Auftreten als Parlamentsredner kann man doch wohl nicht als ganz verkehrt bezeichnen, wenn er es verstand, die Gegner zu den lächerlichsten Wutausbrüchen zu reizen, wie das bei seiner Haberrede der Fall war. Auch der jetzige Kammerpräsident Dr. v. Oertel, ein brillanter Redner, mußte einen Anfall auf Dr. Sigl bitter büßen. Der kleine, durch körperliche Schönheit nicht sonderlich ausgezeichnete Gymnasialrektor hatte sich herausgenommen, Sigl mit seiner bekannten Schwäche für schöne Frauen zu provozieren. Dr. Sigl meldete sich sofort zum Wort und bunterte: Meine Verehrung für das weibliche Geschlecht entspringt ästhetischen Gründen und ich muß bemerken, daß mir die Venus von Milo lieber ist, als ein schäbiger, alter, germanischer Affe! Von der Wirkung dieser Entgegnung auf Dr. Oertel kann sich derjenige schwer einen Begriff machen, der die Szene nicht mit angesehen hat. Man sieht Dr. Sigl die kurze Zeit, die er noch der Kammer angehörte, gerne in Ruhe.

Die Leser der Leipziger Volkszeitung wird es vielleicht auch interessieren, daß Dr. Sigl auch eine große Verehrung für Bruno Schenck hat, den er früher bestig befehdet hatte. Schenck, der damals noch in München war, antwortete auf die klotzigen Angriffe Sigls in noch größerer Weise und das imponierte dem Vaterlands-Redakteur so sehr, daß die beiden späterhin noch die besten Freunde wurden. Überhaupt freute er sich ehrlich, wenn ein sozialdemokratisches Blatt im Kampfe gegen die politische Reaction extraordnendig losging oder einen Gegner vermöbelte. Bei solchen Gelegenheiten sagte er dann in der Regel und mit dem Tone ausdrücklichste Bewunderung: „Herrnottakta, die Sozi sind ja noch größer wie ich.“

Bei den letzten und vorletzten Wahlen trat er in seinem Blatte ganz ungeniert für die sozialdemokratischen Kandidaten in München ein. Und es machte ihm ein diebisches Vergnügen, wenn er in seinem Stanincafé, das hauptsächlich von Beamten besucht wird, rote Wahlzettel verteilen konnte.

Einer der genialsten Publizisten ist nicht mehr, und selbst an seinem Grade können verschiedene Leute noch nicht vergessen, wie weich er ihnen oft gehan. In einem aber stimmen alle überein: Dr. Sigl war persönlich ein überaus liebenswürdiger Mann, zu dem auch sein ärgerlicher Feind ruhig kommen durfte, wenn er in Not war. Mit den reichen Mitteln, die ihm zu Gebote standen, hat er nicht gekrautet, wenn es galt, eine Not zu stillen. In diesem Punkte ließ ihn auch seine Inden- und Preußenfeindschaft im Stich.

Über sein Blatt, das Bayerische Vaterland, haben ultra-montane und liberale Blätter in rührender Übereinstimmung schmunzlig das Todesurteil gefällt. Sie vergessen aber, daß Sigls Stärke nicht nur sein origineller und

## Seuilleton.

Illustration verboten.

### Die leibhaftige Bosheit.

Roman von Gustav Wieg.

Einzige berechtigte Übersetzung aus dem Dänischen von Mathilde Mann.

Eines Abends zwischen sechs und sieben Uhr krabbelten die beiden Freunde wieder die Treppe von Mörchs Wohnung hinab.

Als sie endlich unten auf der Straße standen, fragte der Zöllner:

„Kun, lieber Mörch, wohin wollen wir denn heute gehen?“

„Das überlasse ich Dir!“ lallte Mörch.

„Dann wollen wir den Prinzensteinsteig entlang gehen.“

Ein paar Würmer fingen an, sich in dem Konsul zu regen. Dies war nämlich der Weg nach dem Friedhof.

„Wollen wir nicht lieber auf die Landstraße gehen, Knapsted?“

„Du sagtest ja selber, ich soll bestimmen.“

„Nun ja, wie Du willst.“

„Es steht wohl heute schlecht mit Deinem Besinden, Mörch?“

„Gott bewahre! Es geht mir sehr gut!“

„Du hast über Nacht gewiß nicht geschlafen?“

„Nicht viel!“

„Nein, man schläft schlecht, wenn man alt wird.“

Knapsted hatte den Konsul unter den Arm gefaßt und nun trippelten sie die Südstadt hinab.

„Du solltest nicht so viel rauchen, Mörch,“ begann der Zöllner.

„Ich was, die paar Pfeisen.“

„Hast Du heute die Morgenzeitung gelesen?“

„Ja!“

„Hast Du es beachtet?“

„Was soll ich beachtet haben?“

„Den Artikel aus Näßtow.“

„Was stand denn darin?“

Den Konsul durchschauerte es.

„Von diesem Mann.“

„Was war es mit ihm?“

„Er starb!“

„Num ja, sterben müssen wir alle.“

„An Nitratvergiftung. Ich dachte, ich wollte Dich doch aufmerksam darauf machen.“

„Danke schön!“ sagte der Konsul müthen. „Du bist immer so fürsorglich!“

Knapsteds Haarbüschel bewegten sich schadenfroh.

Aber er sagte nichts.

„Es waren wohl Cigarren,“ fuhr Mörch nach einer Weile fort.

„Da stand ausdrücklich Tabak.“

Schweigen. —

Sie gingen Schritt für Schritt mitten auf der Straße. Der Konsul ging vornübergebeugt und stützte sich schwer auf seinen Stock und auf seines Freundes Arm. Knapsteds kleine vierzehnjährige Gestalt hingegen hielt sich gerade wie ein Meilenzeiger, unangefochten und unberührt von den Jahren und den Ereignissen.

Bei dem Hotel bogten sie um die Ecke und gingen die Maren Schmidts Gasse hinab, die in den Prinzensteinsteig mündet:

„Du kannst mir glauben, wir haben uns neulich abends im Verein ganz köstlich amüsiert!“ sagte der Zöllner und zeigte auf die Fenster des Lokals, in dem die Freiheitssäde tagten.

„Hm!“ brummte der Konsul und sah nach der anderen Seite hinüber.

„Du solltest Dich wirklich einschreiben lassen, Mörch!“

„Unsinn!“ entgegnete Mörch, und seine matten Augen blitzen.

„Hi, hi!“ —

Kein Mensch in der Stadt wußte Bescheid über die Vergangenheit des Zöllners. Als der alte Zollkontrollor vor ungefähr zehn Jahren starb, war Knapsted sein Nachfolger geworden. Er kam aus Jütland, aus der Gegend von Ebeltoft oder Grenaa herüber, wo er Rollstiftsteuer gewesen war. Man wußte nicht das Geringste von ihm im Städtchen, bis er eines Tages in der Thür der Zollbude am Fjord stand und ärgerlich auf das Wasser hinausah. Er hatte eine funkelnde Uniform an, aber keine Mütze auf dem Kopf. Und sein fuchsrotes Haar leuchtete in der Sonne. Die Bürger stellten die Köpfe zusammen und meinten, da hätten sie wohl einen bösen Starbunkel an Stelle des alten Mathiesen bekommen, der immer so sonst und so gut wie ein Maienstag gewesen war. Und als man ihn erst recht genau angelehen und die Haarbüscheln in seinen Ohren und die Brauen über seinen Augen und den gelblichroten Haarwuchs entdeckt hatte, der ihm bis an die Fingergelenke wuchs, da hatte ihm ein Wirkbold sofort den Namen „Eisau“ gegeben. Und

glänzender Stil war; er verstand es auch, einen Stab wohl-informierter Mitarbeiter um sich zu sammeln, die ihn und seinem Blatte, dessen Schicksal ihm sehr am Herzen lag, treu blieben. Diese Mitarbeiter werden wohl aus verschiedenen Gründen auch den neuen Herausgebern, die zu den ältesten Freunden und Mitarbeitern Sigls gehörten, treu bleiben und es wird sich ja zeigen, ob die voreilige Freude gewisser Leute berechtigt ist.

## Politische Übersicht.

### Kraft- und Zeitvergondung.

Das Kamel der Zolltarifvorlage durch das Nadelöhr der Reichstagskommision zu ziehen, wird voraussichtlich noch längere Zeit das heisste Temmeln der Reichsregierung und der Provinzialparteien bleiben. Mit Interesse mögen unsere Leser den Verhandlungen der Zolltarifkommision folgen, die wie nicht ohne sicherer Grund in breiter Ausführlichkeit wiederzugeben bestrebt sind. Denn desto eifriger die Tagessprese und ihre Lefer die Vorgänge in der Tariffkommision verfolgen, desto sicherer sind die Mehrheitsparteien um ihre schönsten Hoffnungen betrogen. Wo sie wohlhnuendes Täumerrecht suchten, dort wird der Scheinwerfer der sozialdemokratischen Berichterstattung am hellsten hinschleuchten.

Schon die Vorgänge der zweiten Sitzung, über die wir an anderer Stelle einen ausführlichen Specialbericht veröffentlicht haben, hat des Interessenten eine reiche Fülle geboten. Sie zeigen deutlich, daß sich die Herren der Wehrheit schon gleich im Anfang auf eine Taktik verlegen, die weder besonders geistreich, noch besonders eifigvertheidig ist. Mit Maulhalten und Abstimmen ist nicht aufzukommen, am wenigsten dort, wo die Opposition die wichtigsten verfassungsbrechlichen Fragen aufstellt. Die schweigenden Herren werden bald einsehen müssen, daß sie bisher die blamabelfte Rolle gespielt haben, die sich nur denken läßt.

Die Maulhalte-Taktik wäre aber immerhin noch begreiflich, wenn eine Mehrheit vorhanden wäre, die den Regierungsentwurf in Bauch und Bogen annehmen wollte. Davor kann aber gar keine Rede sein. Denn erstens einmal ist es eine Unmöglichkeit, daß über einen Entwurf, der sich in mehrere Tausend Einzelbestimmungen auflösen läßt, keine Meinungsverschiedenheiten beständen, zweitens aber ist es kein Geheimnis, daß gerade in der Ausfassung der wichtigsten dieser Einzelbestimmungen so scharfe Auseinandüsse zwischen der Regierung und einem Teile der Rechten bestehen, daß eine Verständigung durchaus nicht zu den größten Wahrscheinlichkeiten gehört.

Die Berliner Politische Korrespondenz hat erst jetzt wieder — man weiß nicht, ob im Auftrage der Regierung oder des Scharfmacherverbandes — zum Sammeln geblasen. Die Agrarier bleiben trocken großartig abseits. Und Herr Oertel erklärt:

Sollte die Korrespondenz . . . wirklich offiziös sein, so würde es allerdings am besten sein, jede Kraft- und Zeitvergondung für die Beratung der Zollvorlage zu vermeiden. Auf den Bogen des Zolltarifs können sich die Vertreter der Landwirtschaft auf keinen Fall stellen.

Da sind wir in der angenehmen Lage, einmal mit Herrn Oertel ganz einer Meinung zu sein. Wir haben schon am letzten Freitag ähnliche Gedanken gehabt. Dem Grafen Billow ist Gelegenheit geboten, in edler Selbstverleugnung eine wahnsinnig patriotische That zu thun. Vorläufig freilich denken völkische Blätter zu gut von ihm, wenn sie berichten, die deutsche Regierung habe offiziös dem italienischen Minister des Aussern mitgeteilt, daß die Zolltarifvorlage noch vor den Reichstagswahlen zurückgezogen würde.

Über was nicht ist, kann werden. Und vielleicht schadet es gar nichts, wenn der Reichstag in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung seine Arbeitskraft an unlösbare Aufgaben wendet. Indes er das Schlimme verachtet, zu dem seine Kraft nicht ausreicht, wird er vielleicht gehindert, Schlimmes zu thun, das er zu leisten vermöchte.

Man wird sich also damit zufrieden geben müssen, daß die Beratungen der Zolltarifkommision vorläufig fortduern.

### Die amerikanische Gefahr.

Prinz Karneval schwang jetzt das Scepter.

Swat in den Parlamenten wird mit militärischem Ernst gearbeitet, und Herr Posadowsky redet in der Zolltarifkommision verdächtige Zollkriegsdrohungen an die Adressen des Auslands im allgemeinen und der Vereinigten Staaten insbesondere. Über unsere „hohe Politik“ tauscht mit rühriger Geschicklichkeit mit Uncle Sam Wissende und andere Urtigkeiten aus, gleich als ob die deutsch-amerikanischen Beziehungen damit ihre Erledigung

man behauptete, er sei ein Kind der Liebe, von einem Buschmann und einer Bulldogge.

Aber der Zöllner ließ die Leute reden. Er mietete sich ein paar Zimmer bei einer älteren Witwe in einem kleinen Hause ganz in der Nähe der Zollbude. Dort stellte er seine wenigen Habeseligkeiten auf. Und dort hielt er sich auf, wenn er nicht in der Zollbude war.

Anfänglich hatte er die Witwe auch sein Essen bereiten lassen. Aber das dauerte nicht länger als vierzehn Tage. Dann ward sie sehr ungädig verabschiedet, und er ging fortan zu Tisch ins Hotel.

Die Gesellschaft, mit der er dort zusammentraf, bestand hauptsächlich aus Handelsreisenden; denn die Bürger nahmen, wie das ja auch ganz in der Ordnung war, ihre Mahlzeiten am häuslichen Herd ein.

Aber dann eines Abends klopfte der Hotelwirt, Herr „Blid-Hansen“, dem Redakteur Heilbunth ehrfürchtig voll mit einem elastischen Mittelfinger auf die Schulter. Der Redakteur saß im Restaurationslokal und trank einen Grog:

„Verzeihen Sie, Herr Redakteur,“ sagte Herr Hansen.

Heilbunth wandte ihm beschwichtigend sein Antlitz zu.

„Sie wissen, Hansen, daß ich es nicht gern mag, wenn ich gestört werde!“

Der Wirt neigte sich wie ein Weizenhalm im Sturm:

„Ja wohl, Herr Redakteur, daß weiß ich! Aber — —“

„Nun was wollen Sie denn?“

Der Herr Redakteur sollten sich des Herrn Zollkontrolleurs ein wenig annehmen — — wenn ich mich so ausdrücken darf!“

„Das Stachelschwein!“

„Hihih! — Ich glaube, Sie würden es nicht bezeugen, Herr Redakteur. Er ist furchtbar witzig.“

finden würden, daß der deutsche Kaiser die amerikanische Werft-industrie mit dem Bau einer kaiserlichen Duxusyacht betraut hat. Im Reichstag tritt Herr v. Billow unter beläudendem Beifall der oberen Räume als brillanter Löwe des deutschen Jingoismus gegen Herrn Chamberlain auf die Bühne, und die Norddeutsche Allgemeine Zeitung behandelt die Nachricht von einem Besuch des Prinzen von Wales mit ausgeführter Unhöflichkeit. Gleichzeitig wissen gewisse Londoner Blätter, die über höfische Dinge meist gut informiert sind, zu berichten, daß Graf Billow ein sehr schlechter Interpret der Politik des Kaisers und daß seine Stellung neuordnungs weder eine mehr als prekäre sei. Soviel ist sicher: die deutsche Besuchs- und Reisepolitik entfaltet wieder einmal ihre intimsten Neize, und zwar verschwendet sie ihre Mühe zur Abwendung einmal nicht nach Osten, wo der Herrscher aller Gläubigen thront, sondern nach dem wilden Westen.

Dort hat Theodor Roosevelt die Regierung der großen Parvenu-Republik angetreten, und ihm plagt, wie alle Emporkommende der Neuen Welt, die sprichwörtlich bekannte amerikanische Grauthaut, deren Patienten von einem unstillbaren Verlangen nach der Verleibung mit der alten europäischen Aristokratie besessen sind. Eines fehlt den Dollarfürsten des Westens, und dieser Mangel schmimmt durch die Löcher ihres republikanischen Gewußthals: die höhere Weise einer Geburtsaristokratie von Gottes Gnaden. Sie sind nicht gedient und nicht gefürstet, sondern bleiben vor der europäischen Langwidrigkeit stets ganz gewöhnliche Abejey ohne Orden und Würden, — und zumal der „amerikanische Napoleon“, wie Herrn Roosevelt seine Schmeichler nennen, geht nach einer standesgemäßen Nobilitierung und einer Einführung in Europa als Fürstenhäuser. Den Anlaß mußte ihm der Slopelauf einer kaiserlichen Nach geben, und Herr Roosevelt's Tochter, die die Vorliebe aller reichen Amerikanerinnen für die europäische Aristokratie teilt, wurde als Tanpulin des neuen Schiffes ausgerufen. Woran Prinz Heinrich der Seefahrt beordnet wurde, bei der feierlichen Taufhandlung zugegen zu sein. Damit ist die Haupt- und Staatsaktion im Projekt fertig. Der Rest wird von den Ceremonienmästern beider Nationen nach diplomatischer Über-einkunft erledigt werden.

Den Milliardären Amerikas fehlt noch manches zu dem Ideal alteuropäischen Volksmenschentums. Vor allem haben sie keine Monarchie und keinen ritterhaften Adel. Wenn Präsident Roosevelt nicht der Napoleon Amerikas wäre, wünschte er Fürst von Stein & Co. zu sein. Wenn Miss Roosevelt nicht Tochter des Präsidenten wäre, würde ihr ein deutscher Lohengrin wohl antstehen. Auch die eisigkalte amerikanische Geschäftswelt möchte so gerne etwas „fors Gemil“ haben, wenn sie es zu Ehre und Reichtum gebracht hat, und das alte Europa mit seiner Mittelromantik und seiner Poesie ist für sie immer noch das alte Märchenland, wie es für die nach Westen gewanderten Indogermanen noch Jahrtausende lang einst Indien gewesen ist. Nicht einmal einen richtigen Karneval kennt man in dem Lande der snorren Busines-Wien. All diesen Mängeln scheint nun die Regierung des amerikanischen Napoleon mit einem Schlag abhören zu wollen, indem er sich und seine Umgebung den Anlaß zu einer höfischen Maskeade gefunden hat. Die „amerikanische Gefahr“ wird immer dräuender.

### Deutsches Reich.

#### Parlamentsabreise.

##### Aus dem Reichstage.

B. Berlin, 13. Januar. Im Reichstag ging es nach der stürmischen Erregung, die die Sonnabendstirge beherrschte, gestern sehr ruhig zu. Es sprachen eine große Anzahl Redner, aber es war nur zweite und dritte Garantur. Der Reichspartei Dr. Stockmann hielt den Sozialdemokraten noch einmal vor, daß die französischen Sozialdemokraten viel agrarischer als die deutschen seien. Der antisemitische Abgeordnete Werner wagte sich an den Grafen Billow heran und tadelte den Gang nach Canossa, den der Reichskanzler nach der Rede seines Specialfreundes Liebermann angetreten hat.

Bedeutamer als die vorangegangenen Reden waren die Ausführungen des Abg. Stocker. Seine Behandlung des Falles Spahn gab einen deutlichen Beweis seines Dunkelmännertums und zeigte, daß Bebel recht hatte, als er sagte, daß diese Dunkelmänner am liebsten Leute wie Häckel vom Lehrstuhl verdrängen möchten. Einverstanden kann man mit seiner Belämpfung der Branntweinpest in Afrika sein. Den Schlüß der Stöckerischen Ausführungen bildete eine Polemik gegen Bebels Äußerungen über das

Verhalten der deutschen Truppen im französischen Kriege. Hier übersloß er vor Entrüstung, ohne den wirklichen Kern der Bebelschen Worte zu treffen.

Mit einiger Spannung wurde das Auftreten des Alldeutschen Hauses erwartet, allein man erlebte eine arge Enttäuschung. Der Reichskanzler hatte ihn mit seiner Rede vom 8. Januar das Konzept vollständig verdorben und er wollte nicht in die Fußstapfen Liebermanns von Sonnenberg treten, da er davon ein weiteres Juristische Reichskanzlers in seiner Haltung gegen Chamberlain befürchtete. So sprach er seinen ganzen alddeutschen Groß gegen den ungarischen Ministerpräsidenten Szell, der sich ein paar an sich recht belanglose Bemerkungen über die Altdenkmale erlaubt hatte. — Auch das Börsengesetz kam wieder zur Sprache. Herr Diederich Hahn schritt die Frage an und Graf Bosacki erwiderte ihm, daß die wirtschaftliche Krise und die Bankenkrise mit der Handhabung des Börsengesetzes nichts zu thun hätten. Der Minister richtete eine dringende Mahnung an das Publikum, nur sichere, wenn auch bescheiden vergünstige Papiere zu kaufen. — Herr Arendt forderte die Regierung auf, die Obstruktion der Linken gegen den Zolltarif mit der Erklärung zu beantworten, daß sie die Rundigung der Handelsverträge beim ersten zulässigen Termint vornehmen gewillt sei.

Der freisinnige Abgeordnete Dr. Hermann besprach den Fall Spahn im Sinne Wommens und bekämpfte eine Bestenerierung des Sacharins. Nach einer kurzen Polemik des polnischen Fürsten v. Radziwill gegen den Nationalliberalen Dr. Sattler wurde die Debatte auf Dienstag vertagt.

Auf der Tagesordnung stehen außerdem noch die Interpellationen Dr. Arendt und Oriola betreffend die Entschädigung der Kriegsinvaliden und die Reform der militärischen Pensionsgeleybung.

##### Aus dem preußischen Landtag.

H. Berlin, 13. Januar. Der Krieg der Regierung gegen die Polen hat seinen Anfang genommen. Vor überfülltem Hause und dicht belegten Tribünen — im preußischen Abgeordnetenhaus ein sel tener Anblick — entwidete die Regierung ihren Feldzugssplan, mit hochlönenden Phrasen zogen die offiziellen und inoffiziellen Vertreter des mächtigen preußischen Staates gegen die Niedervölker los. Um so empfindlicher wird später die Niederlage sein, die sie sich in dem Kampfe zweifellos zuschieben werden.

Bekanntlich kündete die Thronrede Maßnahmen an, um „in den östlichen Provinzen dem Deutschen die politische und wirtschaftliche Stellung zu erhalten, auf welche es durch seine lange, unter der weisen Führung der Hohenzollernischen Fürsten geleistete Kulturarbeit gerechten Anspruch erworben hat, das Deutschen zu pflegen, staatsfeindliche Bestrebungen abzuwehren und das Zurückdrängen deutscher Sprache und Sitte zu verhindern?“

Die Nationalliberalen, die es nicht erwarten können, bis die Regierung selbst das Feuer eröffnet, interpellieren sie, welcher Art diese Maßnahmen seien. Gleichzeitig hatten die Polen eine Interpellation eingebracht, in der sie die Regierung anfragen, ob diese in Abtracht der bekannten Schulvorgänge in Preußen und im öffentlichen Interesse überhaupt es nicht für geboten erachtet, die auf dem Gebiete des Religionsunterrichts in den Volksschulen der sprachlich gemischten Landesteile getroffenen Anordnungen einer Abänderung zu unterwerfen.

Beide Interpellationen wurden gemeinsam beraten. Die nationalliberalen begründete Abg. Höbrecht, der frühere Staatsminister, der zwar milde in der Form, aber scharf in der Sache, auf die angeblich von Jahr zu Jahr zunehmende Gefahr der großpolnischen Bewegung hinwies und die Regierung unter der ausdrücklichen Verwahrung, daß er sie zu Ausnahmegesetzen anregen wolle, ermunterte, in ihrer in den letzten Jahren eingeschlagenen Germanisierungspolitik fortzufahren. Schärter war die Rede des Polen Dr. v. Jagdewski gehalten. Kein Wunder, wenn man sich der Vorgänge in Preußen erinnert und die fortgesetzte Gewaltspolitik der preußischen Regierung gegen die Polen bedenkt. Lebhafte Pfui-Kluse erkönnten aus den Reihen der Nationalliberalen und der Konservativen, als der Pole mit Bezug auf Preußen bemerkte, die Rechtigkeit, die sonst nur eine Vinde vor den Augen trage, müsse sich aus Scham das ganze Gesicht verhüllen. Ein

den Kopf einen halben Zoll weiter herum und sagte über die Schulter hinweg:

„Ich beteilige mich nicht daran, die Obrigkeitspersonen der Stadt lächerlich zu machen! Merken Sie sich das!“

Der Hotelbesitzer stand eine Sekunde starr und sprachlos da. Dann verneigte er sich mit wahnwütiger Halt ein paar Mal, stieß ein paar unartikulierte Laute aus und zog sich mit einem geistesabwesenden Lächeln hinter den Schenkstisch zurück.

Ein paar Tage später aber saß der Redakteur mit an der table d'hôte.

Und beim Kaffee fragte er Knopsted, ob er l'Hombre spielle.

So wurde der Zollkontrolleur in die Bürgerschaft eingeführt.

Und bald wurde er Mitglied der Freiheit und trank Schnaps mit mehreren Brüdern. Aber was man „begeistert“ nennt, das wurde er eigentlich nicht.

Weit eher hatte man eine Art Erfurcht vor ihm und zwar in der alttestamentarischsten Bedeutung dieses Wortes, indem man gewissermaßen zu ihm aufschielte und ihn bewunderte, aber in Bittern und Weinen. Man fürchtete, sein Opfer zu verlieren, und wußt ihm aus. Man zitterte vor seiner scharfen Zunge und redete ihm deswegen nach dem Mund.

„Ein boshafter Satan!“ sagte Fabrikant Rössel!

„Der Teufel in eigener Person!“ sagte Stadtkassierer Lassen.

„Der lebhaftige Gottseibeins mit Haaren am ganzen Körper!“ sagte Rentier Griften.

Und alle machten sie ihm den Hof. — (Fortsetzung folgt.)

„So — o? Was sagt er denn?“  
„Ja — was sagt er?“ — Herr Hansen wippte sich wie im Wellengang von der Seite auf die Gehenspangen. — „Was er ja eigentlich sagt, Herr Redakteur, das ist mir gerade diesen Augenblick nicht gegenwärtig. — Aber Sie sollten nur einmal hören, wie er die Neisenden an der table d'hôte behandelt, Herr Redakteur. Er nimmt sie ordentlich vor, hihih!“

„Das haben sie auch wohl nötig!“

„Hihih, ja! Diese Art Leute haben ja in der Regel keinen Bild! — — Aber jetzt fällt mir ein Beispiel ein, Herr Redakteur“ — — der Wirt legte wieder einen weichen Finger auf Redakteur Heilbunths Schulter. — „Wenn Sie erlauben, Herr Redakteur?“

„Hm!“ —

„Er sagte neulich bei Tische — — es war gerade beim Dessert: Früchte der Jahreszeit! — — man müßte glauben, hihih! daß der liebe Gott die Bürgermeisterin geschlossen hätte, indem er kleine Klumpen auf sie geworfen habe, einen für die Nase und einen für jede Wade und für die Augen — — hihih! Ich finde das durchbar witzig — — und einen für das Kinn — — Nicht wahr?“

„Sagte er noch weiter was?“

„Hihih, hi! Er sagte — — (der Wirt näherte seinen Mund direkt dem Ohr des Redakteurs) — — er sagte, und dann wäre die Bürgermeisterin gewiß wegelaufen, hihih! denn sie hätte vergessen, die Klumpen für den Busen mitzunehmen und — — und — (hier machte Herr Hansen einige rundliche Bewegungen mit der hohen Hand) — — und die übrigen gewölbten — — hihih — weiblichen Teile!“

Heilbunth saß eine Weile da, ohne eine Miene zu verziehen. Dann aber drehte er mit einer Grimasse streng

Ordnungsrat des Präsidenten war die Strafe für diese Art.

Zur Beantwortung beider Interpellationen war Graf Bülow in eigener Person erschienen. (Seine Rede finden unsere Leser an anderer Stelle ausführlicher wiedergegeben. D. Red.) Er fühlte sich heute in der Rolle eines kleinen Bismarck. Wie dieser, den sein gelehriger Schüler unter dem jubelnden Haufes als den größten Staatsmann bezeichnete, einst emphatisch ausgerufen hat: „Wir Deutsche fürchten Gott, sonst nichts in der Welt“, so stempte heute Graf Bülow das neue geflügelte Wort: „An nationalen Dingen lasse ich nicht mit mir spazieren.“ Vorausstehlich werden schon in wenigen Tagen Ansichtskarten mit demilde des schönen Bernhard und diesem Auspruch im Handel erscheinen. Und ebenso wie sein großer Meister, so schwärmt auch Graf Bülow für *Nostalgie*. Zur Zeit freilich will er von einem Ausnahmegericht gegen die Polen nichts wissen; noch glaubt er mit den bestehenden Gesetzen auskommen zu können, aber er will sich nicht die Hände binden. Wir wünschen dem edlen Grafen viel Glück; das eine können wir ihm heute schon prophezeien: so wenig es dem Fürsten Bismarck gelungen ist, durch ein Ausnahmegericht der Sozialdemokratie Herr zu werden, so wenig wird Graf Bülow die polnische Bewegung auf diese Weise ersticken können.

Und auch mit den von ihr vorläufig geplanten Maßnahmen wird die Regierung keinen Erfolg haben. Sie will in die polnischen Städte deutsche Garnisonen verlegen. Was wird die Folge sein? Die Militärverwaltung wird die polnischen Geschäftsfreunde hoffnungslos machen, und diese werden die Antwort nicht schuldig bleiben. Sie will weiter die Beamten in den Ostmarken durch höhere Gehälter und durch Aussicht auf schnelleres Avancement anfeuern. Das beste Mittel, um die Polen noch mehr zu erbittern! Und sie will endlich den Großgrundbesitz im Osten stärken.

Dieser letzte Vorschlag versetzte die Junker in Entzücken. Der konservative Redner, Abg. Dr. v. Heydebrand, war darüber so begeistert, daß er ein langes Loblied auf den Grafen Bülow anstimmt und ihm das volle Vertrauen seiner Freunde ausdrückte. Daß er die Gelegenheit benutzt, die Regierung um neue Liebesgaben für die Junker anzuschönren, ist psychologisch interessant. Es zeigt das, wie gut gewisse Leute Politik und Geschäft zu verbinden wissen.

Es sprachen noch Minister Studt, der die Preußischen Prügelpädagogen verherrlichte, Abg. Fritzen (Centr.), der zur Versöhnung mahnte und die Regierung aufforderte, in ihrer Polenpolitik umzufahren, und Abg. Stühnel (Pole), der stolz erklärte, daß durch die Maßnahmen der Regierung nur das Selbstbewußtsein der Polen gestärkt werde.

Übrigens hat die Regierung bereits in einem Punkte nachgegeben. Im Religionsunterricht darf in Zukunft nicht mehr geprüft werden.

Die Beratung wird am Dienstag fortgesetzt.

#### Schuh vor Schuhleuten.

G. Straßburg i. E., 13. Januar. Das bissige Schöffenrecht verurteilte dieser Tage die Schuhleute Trumpheller und Rennoch wegen Beleidigung und Körperverletzung zu 80 bzw. 20 Pf. Geldstrafe. Sie hatten an einem Abend des November die Eheleute Heckmann auf einem Spaziergang beim Schuhmacher Thor attackiert, „weil in letzter Zeit viele Diebstähle vorgetragen seien“, und die Ehefrau S. auf der Wachstube mit der Bezeichnung Dirne beschimpft und körperlich mishandelt.

\* Berlin, 14. Januar. Wie bekannt wird, hatte der Rektor der Berliner Universität dem Sozialwissenschaftlichen Studentenverein nur zwei Frauenvorläufe, nicht aber auch das Diskussionsreden der Frauen verboten. Lediglich Diskussionsreden der Männer hat aber der Verein zuletzt angekündigt, so daß noch nicht einmal ein formeller Fehler vorlag, als er aufgelöst wurde.

Mit Unterstützung der nationalliberalen Fraktion hat der Abgeordnete Knapp im Abgeordnetenhaus folgende Interpellation eingebracht: Welche Maßnahmen gebietet die Regierung infolge der durch eine Verwechslung von Personen herbeigeführten Verhaftung eines durchaus unbescholtene Elbersfelder Bürgers Namens Kuhlenkamp zu treffen, um dem unschuldigen Verhafteten Genugthuung zu verschaffen und im Interesse der allgemeinen Rechtssicherheit ähnliche Vorfälle in Zukunft zu verhindern.

Im Abgeordnetenhaus wird die Centrumsinterpellation über den Unfall von Altenbergen, sobald die Versprechungen der Interpellation der Polenfrage zu Ende geführt sein wird, zur Versprechungen gelangen, worauf unmittelbar die Erörterungen beginnen werden. Minister Thiele hat sich bereit erklärt, die Interpellation sofort zu beantworten.

Die Reichstagskommission zur Vorberatung der Schaumweinsteuern legte am Sonnabend die vor den Weihnachtsferien begonnene dritte Lesung des Entwurfs fort. Diese dritte Lesung ist notwendig geworden wegen des Beschlusses, die Besteuerung durch Anbringung einer Steuermarke an den Umschließungen der Flaschen vorzunehmen. Nach dem Vorschlag des Vorsitzenden sollte die Beratung auf Grund der Beschlüsse erster Lesung fortgesetzt werden. Auf Antrag Schmidt-Elbersfeld (freiz. Br.) beschließt aber die Kommission, bei § 1 und 2 die Beschlüsse zweiter Lesung zu Grunde zu legen. Hierdurch sollen nicht nur die aus Trauben-, Obst- und Beerenwein hergestellten Schaumweine, sondern auch alle schaumweinhähnlichen Getränke der Besteuerung unterliegen. Und zwar soll die Steuer für Schaumwein aus Fruchtwein ohne Zusatz von Traubensaft 10 Pf., für anderen Schaumwein und schaumweinhähnliche Getränke 60 Pf., für die Flasche betragen. Dabei wird auf Anregung von Schmidt-Elbersfeld über die Maßnahmen gegenüber Luxemburg verhandelt. Nach Mitteilung der Regierung steht zu erwarten, daß Luxemburg ein gleiches Gesetz erlassen wird, widrigfalls die neuen von Luxemburg eingehenden Weine der Verzollung unterworfen werden sollen. Auf Anregung des Abg. Wurm (Soz.) wird von der Regierung eine Erklärung über den Begriff „Schaumwein“ abgegeben. Es sollen nur alkoholhaltige Getränke darunter verstanden werden. § 1 wird dann mit einigen unwesentlichen redaktionellen Änderungen in der Fassung der zweiten Lesung angenommen.

— Zu § 2 liegt ein Antrag Schrempp (konf.) vor, die Steuer nach dem Preise des Schaumweins verschieden zu bemessen

und zwar für jede Flasche, die der Fabrikant zu einem Preis bis zu einer Mark verkaufte, die Steuer auf 20 Pf., bei einem Preis von 1—2 M. auf 40 Pf., von 2—3 M. auf 60 Pf. und von 3 M. und darüber auf 1 M. festzusetzen. Die Abg. Schmidt-Elbersfeld (freiz. Br.) und Wanzenborn (nat.-lib.) bekämpfen die Staffelsteuer; letzter weist auf die schlechten Erfahrungen mit der Wertsteuer auf Wein in Baden hin. Abg. Wurm (Soz.) billigt das Prinzip der Staffelsteuer, hält aber die vorgeschlagenen Sätze für zu hoch, da sie den deutschen Schaumwein im Verhältnis zum französischen zu hoch belasten. Nachdem der Abg. Dr. Möller-Kaiserslautern (P. d. Ldw.) beantragt hatte, den Höchsttarif von 1 M. auf 75 Pf. herabzusetzen, wenden sich die nationalliberalen Abg. Deinhardt und Baesche noch einmal gegen den Antrag Schrempp. Von Seiten der Regierung wird die Erklärung abgegeben, daß die Staffelsteuer für verfehlt und beden klich hält. Industrie und Handel würden dadurch geschädigt werden, und eine Kontrolle sei unmöglich. — Auch Abg. Dachsch (Centr.) erklärt sich gegen die Staffelsteuer. Schließlich wird der Antrag Schrempp auf Erhebung einer Staffelsteuer abgelehnt und § 2 mit 12 gegen 6 Stimmen in der Fassung angenommen, daß die Steuer für Fruchtschaumwein 10 Pf. für anderen Schaumwein 50 Pf. für die Flasche betragen soll. Der Beschluß zweiter Lesung, der für anderen Schaumwein 60 Pf. vorgesehen hatte, war vorher mit 9 gegen 9 Stimmen gefallen. Die nächste Sitzung findet Dienstag statt.

Bei der Reichstagswahl im Wahlkreis Siegburg-Waldbröl ist, wie aus Siegburg vom 18. Januar gemeldet wird, nach den amtlichen Feststellungen der Kandidat des Centrums, Amtsdirektor Dr. Becker, gewählt worden.

Aus dem bayerischen Landtage. Für die Befestigung des Beugniszwanges gegen Journalisten haben sich am Montag in der bayerischen Kammer der Abgeordneten die Redner aller Parteien ausgesprochen. Die Kammer überwies darauf eine Petition des Münchener Journalisten- und Schriftstellervereins, welche die Staatsregierung erachtet, im Bundesrat auf Abschaffung des Beugniszwanges für Journalisten hinzuwirken, nach längerer Debatte der Staatsregierung zur Befestigung. Der Justizminister erklärte, die Fälle, in denen Beugniszwang gegen Redakteure angewendet werden, seien nicht sehr häufig. Man dürfe daher bezweifeln, ob ein genügender Anlaß besteht, die betreffenden Bestimmungen der Strafprozeßordnung durch ein Sondergesetz zu regulieren. Dagegen werde die Frage bei der allgemeinen Revision der Strafprozeßordnung sicherlich erwogen werden. Welche Stellung dann die bayerische Regierung zu der Frage einnehmen werde, darüber könne zur Zeit eine Erklärung nicht abgegeben werden, zumal die Regelung der Frage von vielen Schwierigkeiten umgeben sei.

Die Kammer der Reichsräte beschloßt sich bei der Beratung des Justizgesetzes am Montag mit dem Beschuß der Abgeordnetenkammer, der die Regierung erachtet, Israeliten nur in Verhältnis der israelitischen Bevölkerung zur Gesamtbevölkerung in die Justizverwaltung aufzunehmen. Der Ausschuss der Reichskammer beantragte Übergang zur Zivilordnung in Achtung, daß die Ausstellung von Richtern ein Recht der Krone bilde. Die Reichsräte Fehr. v. Wuerzburg und Fehr. v. Soden beantragen den Beschluß, sowie im Hinblick auf die von der Staatsregierung am 29. November 1901 in der Kammer der Abgeordneten abgegebene Erklärung. Im Laufe der Debatte erklärten beide Antragsteller, daß die in weiten Kreisen bestehenden Bedenken gegen die übergrößen Zahl jüdischer Richter berechtigt sei; es sei daher die Erklärung der Regierung, daß bei Ausstellung der Richter auf die Stimme der Bevölkerung Rücksicht genommen werden sollte, zu begründen. Der Antrag Wuerzburg-Soden wurde schließlich angenommen.

z. Christliche Baumherzigkeit. Der Pfarrer Pfleger in Ostrau bei Ratibor (Oberschlesien) verweigerte den Angehörigen eines kürzlich verstorbene Auszüglers Anton Kucza ein kirchliches Begräbnis für diesen, weil Kucza seit längerer Zeit nicht mehr zur Kirche gegangen war. Er befahl sogar, den alten Mann nicht auf dem Friedhof von Ostrau, sondern auf dem alten Cholerafriedhof zu begraben, der schon seit den 30er Jahren des vergangenen Jahrhunderts geschlossen und kein Begräbnisplatz mehr ist, auch während eines großen Teiles des Jahres von der Oder überschwemmt ist. Da die Bevölkerung des umliegenden Landes dem Totengräber nicht die Herrichtung eines Grabes gestatteten, sandten die Männer, die am Abend den Sarg herausgeholt hatten, ein Grab vor und mußten erst Leute mit Schaufeln aus dem Dorfe holen, die dann den Kucza verscharrten. Nach einigen Tagen kam die Sache zur Kenntnis des Amtsvertreters, der eine Untersuchung veranstaltete. Die Angehörigen des so schmählich verscharrten, im Leben durchaus braven Mannes wollten den Antrag auf Ausgrabung und Bestattung auf einem ordentlichen Friedhof nicht stellen, weil das „dem Herrn Pfarrer unangenehm sein könnte“. Die Sache schwiebt jetzt bei der Regierung in Oppeln, hoffentlich beschäftigt sich aber auch noch die Staatsanwaltschaft mit dem würdigen Prediger christlicher Nächstenliebe. Hat er sich doch offenbar gegen gesetzliche Bestimmungen vergangen, nach welcher die Bestattung auf dem dazu bestimmten Friedhof und ohne Ansehen der Person in der Nähe zu erfolgen hat.

d. Sie wissen es nicht. Im schwarzen Vorbei fand am Sonntag eine Volksversammlung statt, die gegen den Brotwucher Stellung nahm. In der Versammlung waren auch sechs katholische Geistliche mit vielen Hunderten Kommandierter Schäflein erschienen. Nach dem Referenten Gen. Limpeter, der nur unter großem Radau der Christlichen seine Ausführungen beendigen konnte, sprach der bekannte Kaplan Braunus, — natürlich für den Brotwucher. Er wurde ruhig angehört, Braunus nutzte seinen Schäflein hatte auf eine vorherige Erklärung des Genossen Düwell zugesichert, die Entgegnung ebenfalls ruhig anzuhören. Als Braunus geendet, zog er eine Resolution aus dem Habit, stieß sie aber schelmisch wieder ein, als der Vorsitzende erklärte, sie solle verlesen und zur Diskussion gestellt werden. Er bemerkte nur noch, seine Garde werde dafür gestraft werden, was die Christlichen mit Peitschengeißel bestätigt. Dann suchte der streitbare Kaplan den Ausgang. Gen. Düwell, der dem Kaplan antworten sollte, konstatierte zunächst, derfelbe flüchte ja mit seiner Resolution. Nun erhoben die Christlichen ein infernalisches Wutgeheul und Hunderte Arme reckten sich drohend der Tribune entgegen. Zweimal mußte wegen des tumultes die Versammlung vertagt werden. Als Düwell endlich zu Wort kam, ließ er sich von den noch anwesenden Christlichen bestätigen, daß sie wirklich der Resolution des Kaplans zu-

stimmten. Auf die Frage, was denn in der Resolution steht, erfolgte prompt die Rückfrage: Das wissen wir nicht! — Ja, sie wissen nicht, was sie thun. —

Die Arbeitslosendemonstrationen in Frankfurt a. M. haben, dank der Scheinideale der dortigen Polizei, zu gefährlichen Ausschreitungen geführt. Vom Sonnabend berichtet unser Frankfurter Parteidienst, daß an diesem Nachmittag mehrere Demonstrationen von Schuhleuten, als eine solche von Arbeitslosen stattgefunden habe, daß aber auch an diesem ruhigen Tag die Polizei in mehrfach ungerechter Weise harmlose Passanten bestimmt und verhaftet habe. Am Sonntag vollends herrschte totale Ruhe. Am Montag nachmittag zogen wieder nach Ausgabe des Arbeitsmarktes des General-Anzeiger etwa 1000 Personen, in Begleitung zahlreicher Polizeimannschaften, durch verschiedene Straßen bis zur Schnurgasse. Anfangs völlig still stand alles ohne Zwischenfall in Ordnung. Auf dem Tierischen Platz aber kam es zu einem tumultartigen Aufmarsch. Die Frankfurter Zeitung berichtet auf Grund der Beobachtungen eines Augenzeugen, daß die Polizei sich wenig geschickt benommen habe, so daß man ihr, die allerdings eine schwere Aufgabe in diesen Tagen hat, einen Teil der Schuld an den aufrührerischen Szenen beimesse. Die Schuhleute — die Uniformierten, den blanken Säbel in der Faust, die Uniformen mit Ochsenzähnen bewaffnet — drangen auf die in angstlicher Flucht sich zurückziehenden Menschen, von denen, wie der Augenzeuge lehrte, auch nicht einer den Versuch gemacht, sich irgendwie zur Wehr zu setzen. Ganz besonders energisch zeigte sich ein Wachtmeister auf einem Holben, der, von einem anderen Beilieutenant begleitet, in scharfem Galopp den Tierischen Platz hinauf und hinunter, von der Markthalle bis zur Schnurgasse ritt und fortwährend den Säbel schwang. Man bemerkte auf dem Tierischen Platz eine Anzahl Frauen, die Pakete trugen und ganz zufällig in den Schwarm hineingeraten waren. Sie und viele andere hatten unter der entschieden zu weit gehenden „Energie“ der Polizeiorgane aufs empfindlichste zu leiden. Es wird ausdrücklich hervorgehoben, daß die „Demonstranten“ sich durchaus friedfertig benommen haben. Ein zweiter größerer Tumult ereignete sich nicht weit davon, an der Ecke der Lindheimer Gasse und Schnurgasse. Auch dort kamen harmlose Passanten zöllig in bedrängte Lage. Wer nicht schnell genug entflohen konnte, wurde einfach zur Seite gestoßen. Derartige Dinge wiederholten sich noch an verschiedenen Stellen in größerer Zahl ab. Es erfolgten mehrfache Festnahmen.

Da das Frankfurter Demokratenblatt das Auftreten der Polizei an den ersten Tagen der Demonstrationen mit behaglichen Schnenzeln bekleidet, dürften auch diese für die Polizei weniger günstige Darstellungen der Wahrheit mindestens entsprechen.

Wolfs Bureau berichtet mit lakonischer Kürze von den Vorfällen am Montag und fügt hinzu: Auch für die nächsten Tage sind von der Polizei die strengsten Vorkehrungen getroffen, um weitere Straßenmärsche zu verhindern. Sollten sich dieselben wiederholen, so ist ein Verbot der weiteren Ausgabe der kostlosen Stellennachweise, wegen deren die Arbeitssuchenden sich täglich auf dem Börsmarkt versammeln, in Aussicht gestellt.

Das ist echt preußische Sozialpolitik!

Kolberg, 13. Januar. Zum Bürgermeister der Stadt Kolberg wurde der bisherige Bürgermeister Kummert auf eine dreijährige Amtsperiode von 12 Jahren mit 25 von 29 abgegebenen Stimmen gewählt. Bürgermeister Kummert ist bekannt aus den Vorgängen vom Jahre 1895, wo er zu einer Geldstrafe verurteilt und ihm das Recht zum Tragen der Hauptmannsuniform entzogen wurde, weil er den Saal des Städtischen Straßenschlosses zwecks Ablösung einer sozialdemokratischen Reichstagswählerversammlung hingab.

#### Frankreich.

##### Eine Rede Millerands.

Genain (Dep. Loire), 13. Januar. Minister Millerand hielt hier bei einem Festmahl eine Rede, in welcher er den Eintritt der sozialistischen Partei in die Regierung und ihre Mitarbeit an den Regierungsaufgaben rechtfertigte. Millerand führte aus, dieser Beitritt sei notwendig geworden infolge der Gefahren, welchen die Republik ausgesetzt gewesen sei. In einer Republik, welche das allgemeine Stimmrecht habe, müßten die Sozialisten, welche daran arbeiteten, demokratische Reformen zu verwirklichen, auch die Verantwortung übernehmen, welche aus der Mitarbeit am öffentlichen Leben hervorgeht. Der Sozialismus habe den hohen Ehrengut, den Menschen aus erniedriger Unwissenheit und von den Nebeln zu befreien und ihn am Eigentum der Gesellschaft teilnehmen zu lassen. Eine Partei, welche die Gesellschaft uniformieren würde, müßte zuerst das Milieu, in welcher sie lebe, ändern. Wie würde sie dazu im Stande sein, wenn sie die Bedürfnisse und Interessen dieses Milieus in Bezug auf alle Fragen der autowirksigen, der inneren Politik und auf kolonialem Gebiet nicht beachte? Der Sozialismus sei also glücklicherweise dazu verurteilt, Stellung zu nehmen. Millerand sagt sodann, er hoffe, die sozialistische Partei werde verstehen, sich die nötige Selbstsucht bei Ausführung dieses Zweckes aufzulegen.

Man wird es von Millerands persönlichem Standpunkt aus begreiflich finden, daß er zu seinen politischen Handlungen eine passende Theorie sucht. Man kann billigerweise nicht von ihm verlangen, daß er auf solche Rechtfertigungsversuche verzichte, weil durch sie die Leute kompromittiert wird, auf die er sich stützt. Und schließlich schadet es nichts, wenn der enge Zusammenhang zwischen Kompromißtheorie und Ministerpraxis klar aufgezeigt wird.

#### Aus der Partei.

G. Wegen Befreiung des Oberpostamtes Nürnberg und eines Postfessors wurde gegen den verantwortlichen Bediensteten der Frankfurter Tagespost, Genossen Eg. Göriner, vom Staatsanwalt die öffentliche Anklage erhoben. Die Bekleidungen werden in zwei Einsendungen aus dem Kreis der niederen Postbediensteten erblitten, worin diese auffallende Bevorzugungen einzelner Leute bei der Beförderung kritisieren. Dem Postfessor war vorgeworfen worden, daß er einen Bediensteten, der sich über die Bevorzugungen beklagte, „angestraut“ habe. Wenn der Anklage stattgegeben wird, so kommt die Sache vor das Schwurgericht.

#### Erwerbt das Bürgerrecht!

Hierzu zwei Beilagen,

Mittwoch den 22. Januar abends 8 Uhr

# Partei-Versammlung

für den 12. u. 13. sächs. Reichstagswahlkreis  
im Saale des Pantheon, Dresdener Strasse.

Tagesordnung: 1. Die politische Lage. Referent: Reichstagsabgeordneter Geyer. 2. Bericht und Neuwahl des Agitationskomitees. 3. Bericht und Neuwahl des Pressekomitees. 4. Diskussion zu allen Punkten.

**Eintritt nur gegen Partei-Legitimation.**

In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung werden die Genossen erachtet, zahlreich zu erscheinen.

[387]

**Das Agitationskomitee.**

## Parteigenossen des Süd-Bezirks.

Donnerstag den 16. Januar abends 1/2 Uhr

# Partei-Versammlung

im Gambrinus, L.-Connewitz.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Redakteur R. Illge über: Reichs- und Staatsfinanzen und die sächsische Steuerreform. 2. Bericht des Vertrauensmannes. 3. Wahl des Vertrauensmannes. 4. Bericht und Wahl der Revisoren.

### Der Vertrauensmann.

NB. Die Mitglieder-Versammlung des Vereins Vorwärts fällt an diesem Abend aus, doch findet für die Mitglieder des Vereins Nassauabend statt.

# Achtung, Schmiede!

Donnerstag den 16. Januar abends 1/2 Uhr

## Öffentl. Versammlung

im Pantheon, Dresdener Strasse.

Tagesordnung:

[381]

1. Vortrag. 2. Bericht vom Gouvern. 3. Bericht der Vertreter der Ortsrententasse und Vorschläge zur Neuwahl derselben. 4. Gewerkschaftliches. Kollegen, erscheint zahlreich in der Versammlung.

D. E.

### Die Sächsische Central-Frankenkasse für Männer und Frauen jeden Berufs zu Chemnitz unter Staats-Oberaufsicht

nimmt gesunde Personen im Alter von 14—55 Jahren ohne ärztliche Untersuchung auf und gewährt in Krankheitssäulen, bei freier Anerkennung eine wöchentliche Unterstützung von 7—28 M. 15 Wochen voll und 15 Wochen lang zur Hälfte bei niedrigen Beiträgen.

Wegen Aufnahme und Auskunft wolle man sich an unseren Subdirektor Herrn Eich. Jungmann, Leipzig-Gohlis, Neuherr Hallese Straße 9, I. wenden. — Fernsprecher Nr. 7828.

Rührigen Herren kann eine Vertretung übertragen werden.

### Bericht über den Schlachtviehmarkt

auf dem städtischen Viehhofe zu Leipzig am 18. Januar 1902.

#### a) Auftrieb:

514 Rinder und zwar 185 Löhne, 22 Kalben, 188 Kühe, 119 Bullen; 297 Zölle; 786 Stück Schafschle; 1402 Schweine und zwar 1402 deutsche, — aus 2949 Tieren.

#### b) Marktwerte für 50 kg in Mark.

Tier-gattung	Bezeichnung	Gebund.- Gewicht.	Schlach- Gewicht.
Rinder:	1. vollfleischige, ausgemästete höchste Schlachtwertes bis zu 6 Jahren	—	70
	2. junge fleischige, nicht ausgemästete — ältere ausgemästete	—	65
	3. mäßig genährt junge, gut genährt ältere	—	60
	4. gering genährt jenseit Alters	—	52
Kalben und Kühe:	1. vollfleischig, ausgemästet Kalben höchste Schlachtwertes	—	67
	2. vollfleischig, ausgemästete Kühe höchste Schlachtwertes bis zu 7 Jahren	—	64
	3. ältere ausgemästete Kühe u. wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Kalben	—	58
	4. mäßig genährt Kühe und Kalben	—	52
Bullen:	5. gering genährt Kühe und Kalben	—	46
	1. vollfleischig höchste Schlachtwertes	—	62
	2. mäßig genährt jüngere und gut genährt ältere	—	58
	3. gering genährt	—	54
Schafe:	1. jenseit Mast (Vollmilch-Mast) und beste Saugfälber	45	—
	2. mittlere Mast- und gute Saugfälber	42	—
	3. geringe Saugfälber	32	—
	4. ältere gering genährt (Fresser)	—	—
Schweine:	1. Mastlämmer und jüngere Masthammel	32	—
	2. ältere Masthammel	30	—
	3. mäßig genährt Hammel und Schafe (Mergelhöfe)	28	—
	4. vollfleischig der seltenen Rassen n. deren Kreuzungen im Alter bis zu 1 1/4 Jahren	—	65
e) Verkauf:			
480 Rinder u. zwar 174 Löhne, 22 Kalben, 180 Kühe, 118 Bullen			
295 Zölle			
609 Schafe			
1850 Schweine			
langsam			

### d) Geschäftsgang:

480 Rinder u. zwar 174 Löhne, 22 Kalben, 180 Kühe, 118 Bullen

295 Zölle

609 Schafe

1850 Schweine

langsam

**PATENTE. Gebrauchs-Muster.**  
Markenschutz

Patentanwalt Ed. Breslauer, Johanniskasse 3

Mitglied des Verbandes Deutscher Patentanwälte.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Eger in Leipzig. — Druck und Verlag: Buchdruckerei und Verlagsanstalt der Leipziger Volkszeitung G. Heinrich in Leipzig.

Jede Hausfrau verlange

# „MOHRA“ BUTTER.

Restaurant zur Nonnenmühle, Mühlg. 14.

Empfehle meine freundlichen und geräumigen Lokalitäten zur geselligen Begegnung. ff. Getränke, gute Küche. Fröhlichen bürgerlichen Mittagstisch sowie jeden Sonntagnachmittag. Hochachtend Gustav Linsenbarth. Gesellschaftssaal zu Vereins- und Familienfesten steht unentgeltlich zur Verfügung.

Hierdurch zeige ich an, daß ich meine

Verlags-, Buch- u. Musikalienhandlung nach Lange Strasse No. 27, Hof parterre verlegt habe.

Verlag: Vollständliche Schriften des praktischen Wissens. Spezialität: Theaterliteratur und Musikalien aller Art.

Halte mich meinen geehrten Geschäftsfreunden und den üblichen Vereinsvorständen bestens empfohlen.

Hochachtungsvoll Richard Lipinski.

Achtung!! Der Achtung!!

## Schuhwaren-Konkurs-Ausverkauf

mit anderer Ware findet statt

### 20 Nikolaistraße 20.

Ein Posten Cigarrenfilter ist zu verkaufen. Lindenau, Klemmstr. 86, pt. x.

Pferdedünger ist zu verkaufen. H. Wiedemann, Stötterly, vis-à-vis der Schule.

Alle Sosas, Beistellen, Matratzen zu kaufen gesucht. Zeher Straße 88, II. L.

Hochachtungsvoll Richard Klemm in Großschocher z. heut. Geburtstage, er soll eben und seine liebe Anna daneben. R. u. M.

Franz Mölling die herzl. Glückwünsche zum Geburtstage. A. D. u. R. M.

Weiner lieben Frau z. heut. Wiegenfest die besten Wünsche. Paul Beck.

### Danksagung.

Für die zahlreiche Teilnahme und Freundschaft bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres lieben Sohnes und Bruders

### Wilhelm Butenuth

sagen wir allen Teilnehmern, insbesondere dem Gefangenverein des Volkssbildungvereins Göhlis für den Gefang am Grabe unserer herzlichen Dank.

### Freundliche Stube

Für Herrn zu verm. Braufr. 20, II. r.

Frdl. Schlafst. f. Herrn ob. Mädel, sol. zu verm. Schönheld, Gartenstraße 8, III.

Schlafstelle für Mädchen zu vermieten. Mädken, Johann Georg-Straße 11, I. r.

Freundl. Schlafst. f. 2 Herren zu vermieten. Lindenau, Uhlandstraße 14, II. r.

Frdl. Schlafst. für 1 ob. 2 Herren zu verm. Zu erk. Plagwitz, Mühlenstr. 28, I. r.

Freundliche Schlafstelle zu vermieten. Wiesenstraße 20, 1 1/2. Etage.

Gef. z. 1/2. 2 Wohn. v. 2-300 M., mögl. in einem Hause. Off. Ang., Möllauer St. 2b, r.

### Mina

sagen hierdurch herzlichen Dank.

Leipzig - Ang., 13. Januar 1902.

### Familie Franz Siebert.

Begrügsfeiert vom Grabe unserer lieben Tochter u. Schwester Ida sagen wir allen Verlorenen, ihrem Meister, Herrn Siebemann u. ihren Mitarbeiterinnen für den reichen Blumenstrauß u. das leichte Geleit zum Grabe unseres herl. Don. 384

### Familie Franz Siebert.

Für die vielen Beweise der Teilnahme beim Tode unseres lieben Kindes

### Anna Hahn.

Es werden ihr jederzeit ein treues Andenken bewahrt

Die Einzelmitglieder des Centralverbandes der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands (Bezirk Leipzig).

Kolleginnen u. Kollegen, die sich am Begräbnis beteiligen wollen, treffen sich Donnerstag 2 Uhr an der Kapelle des Johannisfriedhofs.

## Codes-Anzeige.

Um 13. d. M. verschied nach kurzer Krankheit die Verkäuferin

### Anna Hahn.

Wir verlieren in ihr eine treue und fleißige Mitarbeiterin. Ihre Tüchtigkeit sichert ihr ein ehrendes Andenken.

Die Gesamtverwaltung des Konsumvereins L.-Plagwitz u. Umgeg.

Western verschob unerwartet meine mehrjährige Mitarbeiterin, unsere liebe Nelly, die Verkäuferin

Fräulein Anna Hahn.

Ihr liebenswürdiger Charakter und ihr freundliches Wesen sichern ihr bei uns ein dauerndes Andenken.

Leipzig, den 14. Januar 1902.

Lagerhalter u. Verkäuferinnen der Verkaufsstelle Gerichtsweg des Konsumvereins L.-Plagwitz.

Begrüßung: Donnerstag 2 Uhr von der Kapelle des Johannisfriedhofs aus.

## Soziale Rundschau.

### Volkswirtschaftliches.

**j. Der Beschäftigungsgrad in den mitteldeutschen Braunkohlenbezirken** hat in letzter Zeit so erheblich nachgelassen, daß die Schichten entweder verkürzt werden oder vielfach auch ganz ausfallen müssen. Die Bediensteten mit Kohlen, Brüder nicht wohnen, namentlich da die Großhändler mit ihren Aufträgen gänzlich zurückgezogen sind. Im Oberbergamtshof Halle, zu dem die Braunkohlenzechen von Zeitz, Wethenfeld a. S., Bitterfeld etc. in der Provinz Sachsen gehören, aber auch in den benachbarten Gruben des Königreichs Sachsen und des Herzogtums Braunschweig hat sich gegen das Vorjahr die Marktlage gänzlich verändert. Damals tauschten gerade die Großhändler alle verfügbaren Mengen auf, so daß nicht einmal die Bauern, die ihr Grundstück an die Gesellschaften verpachtet hatten, Kohle abholen, geschwelt denn die Arbeiter. Dieses Jahr waren die Zechen froh, wenn der Bedarf in nächster Nähe nur etwas zunehmen würde, was indessen bei der herrschenden Witterung ausgeschlossen ist. Besonders sind die Zechen in der Umgebung von Zeitz von der ungünstigen Lage betroffen und damit die ca. 8000 Arbeiter, die zu der Ansicht neigen, daß zu dem Aufschwung von Schichten auch noch Lohnreduktionen treten dürften.

**Die Erzeugung von Zucker** nimmt auf dem Westmarkte mehr und mehr zu. Jetzt ist auch Mexiko ernstlich in die Reihe der Zucker erzeugenden Länder getreten. Nach dem Bulletin Commercial ist der Anbau von Rohrzucker in Mexiko, besonders in den Distrikten von Veracruz, Tamaulipas und Jalisco, in steter Entwicklung begriffen. Auch die Einfuhr von Maschinen für Zuckersäfte vermehrt sich andauernd; sie erreichte in den ersten zehn Monaten des Jahres 1901 einen Wert von 1200000 Peso und wird sich bis zum Schlusse des Jahres wohl noch um ungefähr 100000 Peso gesteigert haben.

### Sozialpolitisches.

**G. Mit der Frage des Mindestlohnes für städtische Arbeiter** beschäftigte sich dieser Tage der Gemeinderat der Stadt Straßburg t. G. Von sozialistischer Seite war in der vom Plenum übergeleiteten Kommission der Antrag gestellt worden, für gelernte wie für ungerierte Arbeiter bestimmte Stundenlohnsätze festzustellen, um dem infolge des gegenwärtigen Überangebotes von Arbeitskräften zu befürchtenden Druck auf die Arbeitslöhne entgegenzutun. Der erste Teil des Antrages, Stundenlohn von 30 Pf. für ungerierte Arbeiter, wurde dabei mit 5 gegen 1 Stimme angenommen; beim zweiten, der Löhne von 85 bzw. 50 Pf. für gelernte Arbeiter verlangt, gelangte mit 4 gegen 1 Stimme in der Kommission zur Annahme. Das Plenum des Gemeinderates verwies die Angelegenheit jedoch, da von anderer Seite ein Gegenantrag auf 27 Pf. Minimallohn für Ungelernte und auf Einspeisung der von der städtischen Lohnkommission beschlossenen Stundensätze für qualifizierte Arbeiter gestellt war, an die oben genannte Kommission zu erneuter Verhandlung zurück. — In der Debatte war seitens des Bürgermeisters der Stadt die Mitteilung gemacht worden, daß infolge der herrschenden Arbeitsnot die vorübergehenden Geldunterstützungen der städtischen Armenverwaltung im Dezember 1901 gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahrs um 40 Proz. anstiegen. Diese Ziffer wurde allgemein als völlig unberechtigt anerkannt und man hofft, in dieser Frage zu einem positiven Resultat zu kommen.

**ac. Pauperismus in London.** Nach einer Ausstellung von John Burns geht es gegenwärtig in der reichsten Stadt der Welt, in London, 900000 Personen, welche in einem chronischen Zustand der Armut und der Verkommenheit leben. 8000 Personen leben zu je 8 in einem Zimmer, 9000 zu je 7, 26000 zu je 6, 40000 Personen haben nur einen Raum zu ihrer Verfügung. Für mehr als 1 Million von Personen bedeutet das Leben in London nichts anderes, als einen Leidenschaftsgang von der Wiege bis zum Grabe.

## Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

**Die Wahlcampagne im 10. Reichstagwahlkreise** ist in vollem Zuge. Nur 14 Tage trennen uns noch von der Wahl. Der nationalliberale Kandidat Dr. Vogel verbreitete sich vorige Woche in Döbeln in einer Versammlung über sein Programm und entwickelte dabei merkwürdige Ansichten. Den verstorbene Dr. Lehr bezeichnete er als einen so gescheiten Mann, daß er nur schwer, wenn überhaupt zu ersehen sei. Bekanntlich hat Dr. Lehr im Reichstag eine ziemlich ungünstige Rolle gespielt. Ist aber Herr Dr. Vogel tatsächlich der ehrlichen Überzeugung, daß Dr. Lehr ein schwer oder gar nicht zu erlegendes Genie war, dann muß man sich über seine „Bescheidenheit“ wundern, die ihn in der Versammlung sagen ließ, „nur weil

es galt, einen solchen Mann zu ersetzen, habe ich die Kandidatur angenommen“. Dieser eigene Personentest ist eine recht schlechte Empfehlung für den Herrn. In seinem Vortrage bezeichnete sich dann Dr. Vogel als einen „unparteiischen Volksfreund“ und fand es in dieser Eigenschaft ganz selbstverständlich, daß die Agrarier hohe Zölle fordern. Seine Befürchtungen gegen den Hungertoll und seine Folgen galten nur dem Umstande, daß die Agrarier durch ihre Forderungen dem Zustandekommen des Hungertolls selbst schaden könnten. Dr. Vogel ist also ein Vortragsredner der allerklügsten Sorte.

In den letzten Tagen ist auch das Komitee für Herrn Sachse, den Kandidaten der Blümliner und Konservativen, mit einem Flugblatt hervorgetreten. Das einzige besondere Merkenswerte im Sachselischen Wahlaufruf ist, daß Herr Sachse als Landwirt und nicht als Mittergutsbesitzer empfohlen wird. Schon allein diese Titeländerung genügt zur Illustrierung. Der Mittergutsbesitzer scheint selbst den Blümlinern zu ähnlich zu sein, deshalb wird Herr Sachse zum bezeichnenden Landwirt degradiert, um nicht Tage später die Vorstellung als biederer Bruder Bauer zu ermöglichen. Damit hat aber der Bauernkandidat nicht viel vor dem nationalliberalen Dr. Vogel voraus.

Mittlerweile arbeitet das sozialdemokratische Wahlkomitee mit Hochdruck. Die reaktionäre Gefinnung der beiden bürgerlichen Kandidaten, die beide für die Hungerschäfte eintreten, bereitet dem sozialdemokratischen Kandidaten die günstigsten Chancen.

**Der Nutzen des Enteignungsverfahrens** hat sich wieder einmal drastisch gezeigt. Zum Zwecke des Neukirchener Heinsdorfer Industrie-Bahnbauabschnitts 9 mussten 9 Haushaltsschlüsse angekauft werden, wofür die erforschen Besitzer das hübsche Säumchen von 194000 Mt. verlangten. Es wurde daraufhin das Expropriationsverfahren angebrochen und zum Teil auch wirklich eingeleitet, was zur Folge hatte, daß die Steuerzahler 77000 Mt. billiger weg kamen: die Steuerzahler gingen mit ihrer Forderung bis auf 117000 Mt. herunter.

**Eine seltsame Staatsbretterische Thätigkeit** entfalten die Gendarmen in Niederschönau bei Zwiesel. Sie gehen von einem Restaurateur des Ortes zum anderen und fragen an, ob die betreffenden Wirts Abonnenten des Sächsischen Volksblattes, unseres Zwieslauer Parteidorgans, seien. Was ist der Zweck dieses sonderbaren Verfahrens? Will man den Abonnentenstand des Staatsgefährlichen Blattes auf diese Weise einschätzen? Der Verlag unseres Zwieslauer Brüderblattes ist dieser Meinung und erblickt in diesem Vorgehen eine Geschäftsschädigung. Er beabsichtigt daher, die Amtshauptmannschaft wegen dieses Vorgehens der Niederschönauer Gendarmen zu interpelliieren. Vielleicht erfährt man dadurch auch, ob diese Thätigkeit auf den Lebereiter der Gendarmen oder auf Anordnungen der Behörde zurückzuführen ist.

**so. Neujahr, 13. Januar.** Die Angestellten von Konsumvereinen im gesamten Vogtland hielten gestern eine Versammlung hier ab, in welcher einige sehr wichtige Beschlüsse gefasst wurden. zunächst sprach der Lagerhalter Friedrich aus Leipzig über „Die Aufgaben der Konsumvereine und deren geschäftlicher Verkehr“, worauf eine Kommission gewählt wurde, die mit den Verwaltungen der Konsumvereine in Unterhängungen treten und folgendes anstreben soll: 1. Verminderung der von manchen Vereinen gezahlten hohen Dividende; Festsetzung einer von allen Vereinen einzuhaltenen Höchstgrenze für die Dividende. 2. Regelung der Amtstellungsbedingungen der Angestellten der Konsumvereine mit deren Organisation, insbesondere Befestigung der Entlohnung nach Prozenten des Umsatzes. 3. Einführung besserer bezw. prächtiger Geschäftseinrichtungen und -gewohnheiten, z. B. durchgehende Einführung von Briefschriften etc. Die Kommission soll einerseits mit jedem der einzelnen Vereine verhandeln und im übrigen ihren Einfluß dahingehend geltend machen, daß kleinere Vereine sich mit größeren verschmelzen, Neugründungen vermieden werden etc. Die Versammlung war von etwa 50 der erwähnten Angestellten besucht.

**kleine Nachrichten aus dem Lande.** In der städtischen Sandgrube in Annaberg haben sich gewaltige Basaltmassen in einer Ausdehnung von 80 Metern losgelöst und sind unter donner-

ähnlichem Gelöse in sich zusammengefallen. Bald darauf lösten sich weitere Felsblöcke, deren zerbrochtes Gestein mit den ersten Mengen ein Bereich von ca. 60 Meter Länge, 40 Meter Tiefe und 10 Meter Höhe einnahm und einen Rauminhalt von beinahe 4000 Kubikmeter umfaßt. Durch das immerwährende Nachrutschen der Steinschüsse ist die ganze Bergungsfläche vorgenommen worden und hat den durch die Sandgrube führenden 10 Meter breiten Fahrweg gänzlich verschüttet. Weitere Ausschüttungen stehen zu befürchten. Verleihungen von Personen sind nicht vorgesehen. Eine unter den Hunderten herrschende Krankheit, die sich in Blauen und in der Umgegend zeigt, ist noch im Gange begriffen. Bissher sind an der Stelle nach tierärztlichen Angaben gegen 100 Hunde verendet oder als unheilbar vergiftet worden.

Einen unglücklichen Ausgang nahm ein Scherz, den sich ein Gaß in einer Schankwirtschaft in Dresden mit einem anderen, ihm bekannten Gäste erlaubte. Auf Händen und Füßen kriechend kam er hinter dem leichten Her, stieß den Kopf zwischen dessen Beine und hob ihn auf. Dabei kamen beide zu Falte und der Herr, mit dem der Spaß gemacht worden war, schlug mit solcher Gestalt, daß er verblutet lag. In seiner Wohnung ist er am andern Tage an den Folgen einer Gehirnerschütterung gestorben. — Aus Chemnitz wird gesebt: Von dem heutigen Abend 8 Uhr 15 Min. von Chemnitz nach Cossebaude verkehrenden Personenzug sprang, als der Zug in Blumberg eintrief, ein junger Mensch von 16—17 Jahren ab, obgleich er von Schaffner vorher gewarnt worden war. Der Unvorsichtige stieg hierbei aus und geriet unter den noch in langsam Fahrt begriffenen Zug, wodurch der Körper des Unglückschen in zwei Teile getrennt wurde. Der Tod trat sofort ein.

**Schlesien.** In der letzten Sitzung des Gewerkschaftsrates hielt Genosse Böhm einen Vortrag über die dänische Gewerkschaftsbewegung. Unter den wissenschaftlichen Punkten hob Genosse Böhm hervor, daß die dänischen Arbeiter besser organisiert seien, als die deutschen Arbeiter und bemerkte hierzu, daß es dort auch leichter sei, indem dort die gewerkschaftliche Bewegung nicht den Polizeikräften ausgekehrt sei wie bei uns, und dies auch viel zu dem erfolgreichen Ausgang der Ausspeisung im Jahre 1899 beigetragen habe. Des Weiteren wurde das Resultat der Arbeitslosenzählung vom 5. Januar bekannt gegeben und die Genossen erfuhr, sich zu der am 2. Februar zu wiederholenden Zahlung zahlreich zur Verfügung zu stellen. Noch wird das ablehnende Antwortskreiben der Eisenbahndirektion (Aushebung der ortsbürolichen Abstempelung der Arbeitsbeschaffung beim Lösen einer Arbeitserwerbsfahrtkarte betr.) bedauert. Des Weiteren wird auf die am 5. Februar stattfindende Generalversammlung des Gewerkschaftsrates aufmerksam gemacht, bei welcher auch die neu gewählten Delegierten einzuführt werden. Es fehlt entschuldigt Fabrikarbeiter Stegner und unentschuldigt Leberarbeiter Apelwost.

**Eilenburg.** (Versammlung des Gewerkschaftsrates.) Die Rechnungslegung ergab einen Kassenbestand von 151 Mt. 68 Pf. Das Kartell hat in seiner letzten Versammlung beschlossen, eine Arbeitslosenzählung vorzunehmen; der Vorstand wurde beauftragt, die nötigen Vorarbeiten zu machen. Der vom Vorstand vorgelegte Statistikbogen wurde von den Delegierten gutgeheissen. Die Zählung soll Ende Januar stattfinden. Hier anschließend werden die Delegierten erwartet, in ihren Gewerkschaften für rege Beteiligung an der Zählung zu sorgen. Des Weiteren wurde bekannt gegeben, daß am 10. Februar im Tirol Experimentalvorträge durch Herrn Beldwange-Münzenberg stattfinden, veranstaltet vom Allgemeinen Arbeiterverein; zu diesem Zweck werden Bilder an die Delegierten zum Vorverkauf abgegeben. Da unter den Delegierten eine Anzahl vorhanden sind, welche nicht Mitglied des Allgemeinen Arbeitervereins sind, erfuhr der Vorstand, dieser Pflicht baldigst nachzukommen und neue Mitglieder zu werben. Mit einem Appell an die Delegierten, im neuen Jahre die Versammlungen pünktlich und regelmäßig zu besuchen, wird die Versammlung geschlossen. Die Adresse des Vorsitzenden bleibt wie bisher: O. Beldwabe, Breite Straße 17.

**g. Halle a. S., 13. Januar.** Ein Pressprojekt gegen das Volksschiff, dessen Ausgang uns ziemlich überraschte, fand heute vor der Strafkammer statt. Angeklagt war der Redakteur Genosse Ernst Dämig, der in einem im November v. J. veröffentlichten Artikel den Ober-Polizeiinspektor Wendemann beleidigt haben sollte. In einem Anfang November vor der Strafkammer verhandelten Verteidigungsprojekt gegen den früheren Polizisten Schönig hatte letzterer sich über die Behandlung des Ober-Inspektors Wendemann beklagt und dabei zu seiner Verteidigung ausgeführt, Herr Wendemann habe sich einmal so weit vergessen, gelegentlich eines Appells zu den Polizisten zu sagen, „er wolle sie schleifen, daß ihnen der stehe“. Diese in einem Gerichtsbericht mitgeteilte Neuflüsterung blieb unwiderrührbar, worauf acht Tage später unter der Spitznamen: „Die Habsche Polizei“ ein Artikel erschien, in dem an die Neuflüsterung Wendemanns eine ab-

## Kleine Chronik.

Leipzig, 14. Januar.

**Theaternachrichten.** Im Neuen Theater gelangt am Mittwoch die Oper „Luise“, und zwar zum erstenmal mit Fr. Seebe in der Titelrolle zur Aufführung. Die Vorstellung beginnt um 1/2 Uhr. — Im Alten Theater wird nachmittags 3 Uhr zu erstaunlichen Preisen Frau Holle, abends 7 Uhr als 12. vollständliche Vorstellung zu halben Preisen Iphigenia auf Tauris gegeben.

Donnerstag wird im Neuen Theater Flachmann als Erzieher, im Alten Theater die Operette Gasparone wiederholt.

Für Freitag ist im Neuen Theater Richard Wagners „Nibelungen“ aufgesetzt. — Im Alten Theater geht erstmals die Schauspiel-Roulat „Alt-Heidelberg“ in Scene. Die Hauptrollen sind wie folgt besetzt: Erbprinz Karl Heinrich: Herr Heistel; Staatsminister von Haugt: Herr Borchert; Hofmarschall von Paffsorge: Herr Kröner; Dr. phil. Jüttner: Herr Ernst Müller; Kammerdiener Zug: Herr Grell; Graf von Albersberg vom Corps Saxonia: Herr Laeger; Küstermann: Herr Huth; Käthle: Herr Laue. Die Regie führt Herr Oberregisseur Adler.

Am Mittwoch beginnt von 10 bis 3 Uhr an der Tagesschau des Neuen Theaters der Billet-Vorverkauf für das zwölftägige Gastspiel des Comédiens mit seiner Truppe, welches an Montag den 20. und Dienstag den 21. ds. Ms. im Carolathéater stattfindet. Am ersten Abend gelangt Emil Augiers vieraktige Komödie „L'Aventurière und Madame de Girardin“ in die „La joie fait pour zur Aufführung. Der zweite Abend, Dienstag, bringt zwei Molére-Werke: „Tartuffe“ und „Les précieuses ridicules“.

**Altes Theater.** (Der Hüttenbesitzer von Ohnet. Gastspiel des Fr. Gertrud Richter vom Stadttheater in Graz und des Herrn Otto Küstermann vom Stadttheater in Zwiesel.) Noch immer erneutigt sich die Leipziger Bühne blöswellen und ganz ohne ersichtlichen Grund dazu, Herr Georges Ohnet's dramatisierten Schundromant an aufzuführen; und noch immer bemüht man dazu eine Überzeugung, die ungefähr im Feuilleton des Generalanzeigers verfaßt ist. Man sollte es nicht für möglich halten, daß auf der Leipziger Bühne Sätze wie: „Wir leben uns elander“ oder „Einmal belebtigt, war sein Born grenzenlos“ oder ähnliche gesprochen werden dürfen.

Fräulein Richter hat im österreichischen Pensionopolis die Augen offen gehalten. Sie weiß, wie man kleine Komödien spielt.

Eine natürliche Herzheit kommt ihr für die Gestaltung der Clotte zu gute. Eine gewisse Burschaltung, eine gewisse stolze Gemeinschaft liegt in ihrem ganzen Wesen, ich habe das Gefühl, als ob darin noch ungehobene, gehobenste Schäfte lägen. Werden Sie je geboren werden? Und hier in Leipzig? Der Kurs Fräulein Richter geht fort an der Sandbank der Schauspielerei vorüber. Ihre Erscheinung, ihre Stimme bergen ebensoviel Gefahren wie Vorsorge. Sie hat die Claire eigentlich besser gespielt als mir lieb ist, und wenn Sie nicht das Gefühl haben — und ich glaube, Sie dürfte dieses Gefühl haben — daß Ihre Fähigkeiten weit über das bürstige Moh dessen hinausragen, was man zur Interpretation dieser Ohnel'schen Talmode braucht, so wird sie es nie zur vollendeten Künstlerschaft bringen können. Wenn Fräulein Richter für Leipzig gewonnen wird, dann wird es jedenfalls ein interessanter Abend werden, an dem sie mit Fräulein Rosewaska zum erstenmal zusammenspielen wird. Es sind zwei liebenswerte Stelze, die da aneinandergeraten, und höchstlich wird es funken geben.

An Herrn Küstermann, der den Octave spielt, offenbart sich das ganze Elend des sogenannten Naturbuchsentrums. Was an seinem Schüler Vorzug war, wird an seinem Octave fehlt. Dieser Octave, der zwar jung ist, aber ohne ausgelacht zu werden um die Hand eines jungen Mädchens werben darf, mühte reicher und männlicher sein. Herr Küstermann benahm sich wie ein Jungling aus gut bürgerlicher Familie, der zum erstenmal in die Tanzstunde geht. Ein reizendes junges Bärchen, aber kein junger Mann, noch viel weniger ein junger Kavalier. Nur dort, wo sich die Unbehilflichkeit eines jungen sympathischen Schauspielschülers mit Eigenschaften der dargestellten Rolle deckt, wird er vorläufig auf Erfolg rechnen dürfen. Sonst bleibt er wie wir im gestrigen Bühnenbild unter Menschen ein kleiner netter Komödiant. f. s.

**Neues Theater.** (Der Troubadour von G. Verdi. Gastspiel des Herrn Waschow vom Theater des Westens in Berlin.) Das hiesige Theaterpublikum setzte gestern abend im Neuen Theater seine Beliebtheit mit Herrn Waschow vom Theater des Westens in Berlin fort, der als Graf Una im Troubadour Gelegenheit hatte, eine Probe seiner Künstlerfertigkeit abzulegen. Man kann nach dem Geboten nicht sagen, daß der Graf seine Aufgabe bedingungslos erfüllt. Herr Waschow spricht als Bühnenercheinung. Seine Stimme ist von reizvollem Umfang, voll Rundung und namentlich nach der Höhe äußerst geschmeidig und ausgiebig. In der tieferen Lage hat jedoch der Sänger das Organ offenbar noch nicht gehörig

in der Gewalt. Unzureichende Tragfähigkeit und auffällige Unreinheit in der Tongebung lassen den Hörer zu leinem ungetrübten Genur kommen. Zeigte wohl die Leistung des Herrn Waschow als Sänge von achtunggebietendem Fleiß und peinlicher Gewissenhaftigkeit, so vermochte er sich doch, namentlich in der überstrahlenden Nähe der Frau Baumann und des Herrn Ursus, als Schauspieler kaum über die Linie des Mittelmäßigen zu erheben. Sowohl in dem Schlußzettel des 1. Aktes, in welchem der Graf, von wilber Eiferlust erregt, Mantico den Tod schwört, wie in jener Scene des 3. Aktes, in der Azucena, über ihr Schicksal dämonisch erhaben, in der Hoffnung auf einen vergeltenden, gerechten Richter, dem Grafen ihr „Zitter“ entgegenstellt, fehlte dem Künstler die überzeugende Kraft des Ausdrudes, die lebenswahre Charakteristik der psychischen Vorgänge. Ist nach dieser und jener Seite Herrn Waschows Talent auch noch entwicklungsbefürdig, so gab er doch auch genug des Anerkennenswertes, um von ihm als ernst Strebenden in Zukunft Schlackloses, Vollwertiges erwarten zu dürfen.

Von den Mitwirkenden sei namentlich Frau Baumann wie Herrn Ursus ein besonderes Wort der Anerkennung gezielt. Letzterer war prächtig bei Stimme und röhrt mit dem von helter Leiblichkeit durchfließenden Vortrage des Schlussgesanges im 3. Akte das Publikum zu so stürmischem Beifall hin, daß er seinen Vortrag wiederholen mußte. Auch Fräulein Sengerin bot mit ihrer Azucena eine bedeutende Leistung. Nicht verschwiegen aber sei, daß die Chöre leider recht oft an Präzision zu wünschen übrig liegen und in Bezug auf Tonreinheit zu dem darauf einsetzenden Orchester mitunter in eine solche Differenz geraten waren, daß musikalische Ohren an diesen Kunstleistungen nicht gerade ihr Wohlgefallen hatten.

**Kunstgewerbeausstellung.** Die Fachausstellungen für Kunstgewerbe und Bronzekleinplastik sind bis zum 20. Januar verlängert worden. Auch in letzter Zeit sind wieder einige wichtige Arbeiten hinzugekommen, namentlich figürliche Bronzen, so eine Venus von Hugo Kaufmann in Münzen und eine Gruppe von Arthur Wolfsmann in Rom, die einen Sälen auf dem Gelände reicht. — Der nächste Vortrag findet Sonntag den 19. Januar statt. Herr Direktor Dr. Graul wird über das Wiener Kunstgewerbe sprechen. Im Februar und März werden Vorträge halten die Herren Prof. Schumacher-Dresden, Prof. Jaro Springer-Berlin und Dr. Stray aus dem Haag, Direktor Leitung-Brünn und Pfarrer Jacobsen-Scherbeck. Gleichzeitig wird die

fällige Kritik geflüstert worden war. Herr Wendemann, der heute als Zeuge auftrat, konnte die Neuerbung nicht in Abrede stellen und versuchte sie damit zu entschuldigen, daß sie vielleicht im Jahre 1892 gefasst war, als er von Berlin noch Holle gekommen und hier eine total verlordeute Polizei vorfand. Kurz zuvor habe er als Reserveoffizier Übungen mitgemacht und da habe er in der Erregung, als ihm der Staatsanwalt noch anhaftete, über Pflichtwidrigkeiten seiner Untergebenen, die allerdings nicht gewahrt, aber offizielle Redensart in der Form, wie sie angeendet ist, gethan. Der Staatsanwalt hießt, worauf der Verteidiger des Genossen Däumig aufmerksam machte, eine Verteidigungsrede für Herrn Wendemann. Die Wendemannsche Ausserung sei allerdings "nicht zu loben", meinte der Ankläger, aber die Kritik des Volksblattes sei doch "zu frivol", weshalb eine Gefängnisstrafe von drei Monaten zu beantragen sei. Das Gericht erkannte auf 300 Mark Geldstrafe event. 30 Tage Gefängnis.

**a. Aus Sachsen-Weimar.** 13. Januar. In der am vergangenen Sonntag in Apolda abgehaltenen Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins wurden die bisherigen Vorsitzenden, Gen. Baudert und Leutert, wieder gewählt und zugleich mit der Führung der Parteigeschäfte betraut. Zu der Angelegenheit der Redaktion der Tribune, Gen. Grunwald contra Erfurter Preskommision, nahm die Versammlung durch eine einstimmig angenommene Resolution Stellung. In ihr wird Protest gegen das Vorgehen der Preskommision erhoben, da dadurch das gute Einvernehmen der Thüringer Genossen gestört; die Tribune in ihrer Entwicklung gehemmt und Anlaß zu dezentralisierenden Kämpfen innerhalb der Partei gegeben werde. Um alledem für die Zukunft vorzubereiten, soll ein Organ geschaffen werden, das bei wichtigen, über das örtliche Interesse in Erfurt hinausgehenden Angelegenheiten als weitere Instanz über der Preskommision steht. Ferner wird vorgeschlagen, zur objektiven Prüfung des schwobenden Streitfallen Vertreter der acht Wahlkreise, für welche die Tribune erscheint, zu einer Konferenz zusammen zu rufen.

## Aus dem 11. sächsischen Reichstagwahlkreise.

Osnabrück, 13. Januar.

**Vollversammlung.** Am Sonntag den 12. Januar fanden in Mügeln und Osnabrück zwei gleichlange Versammlungen statt, in denen Genosse R. Opitzius über die Arbeitslosigkeit, den Sozialtarif und die sächsische Finanzsumme referierte. Ausgehend von der konservativen Interpretation im sächsischen Landtag über die Arbeitslosigkeit, führte er an der Hand reichen Materials den Nachweis, daß nicht, wie behauptet worden ist, eine spezielle Arbeitslosigkeit für einzelne Branchen, sondern eine allgemeine Arbeitslosigkeit besteht und zwar in großem Umfang. Neben beprachte Ursachen, Wirkung und Abhilfsmittel der Arbeitslosigkeit und brachte hierzu im Gegensatz die ungeheure Mehrbelastung des arbeitenden Volkes durch den neuen Sozialtarif und die sächsische Finanzreform. Namentlich wies er darauf hin, daß neben der materiellen Belastung des Arbeiters durch den Sozialtarif auch die Lebenshaltung im allgemeinen heruntergedrückt wird. Nach statistischen Berechnungen kann er für ein Einkommen von 1186,80 M. pro Jahr zu folgendem Resultat der Mehrbelastung des Arbeitereinkommens. Durch den Getreidezoll von 8 M. hat ein solcher Arbeiter für seine Familie pro Jahr zu zahlen 54,59 M., an anderen indirekten Steuern 47 M., Staatseinkommensteuer nach der neuen Stufe 18 M., Gemeindeabgaben 16,90 M., so daß er insgesamt die ungeheure Summe von 131,49 M. pro Jahr gleich ca. 11% Prozent seines Einkommens an Steuern zahlen muß, ohne Verstärkung des Schulgeldes und anderer Abgaben. Ansichts solcher Belastung könnte es so nicht weiter gehen und müsse die Arbeitgeber durch rüstige Agitation den kommenden Reichstagswahlen vorarbeiten, um ein anderes Resultat als bisher im Kreise zu verzeichnen. Beide Versammlungen nahmen diese Resolution an:

"Die Versammlung erblickt in der herrschenden Arbeitslosigkeit nur eine Folge des heutigen kapitalistischen Produktionsystems, das dazu führt, immer weniger Arbeitskräfte zu verwerten als vorhanden sind. Aus diesem Grunde ist auch die herrschende Gesellschaft außer Stande, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, ihre kleinen Hilfsmittel sind nichts weiter, als der Versuch, die Arbeiter über die eigentlichen Ursachen der Arbeitslosigkeit wegzuführen. Die Versammlung ist deshalb der Überzeugung, daß die Arbeitslosigkeit endgültig nur durch eine Umwandlung der kapitalistischen Produktion in eine sozialistische beseitigt werden kann."

In Anbetracht der Arbeitslosigkeit, des geringen Einkommens der minderbemittelten Bevölkerung und der bereits vorhandenen

Direktion Vortragssäulen zur Einführung in die Technik und Geschichte des Kunstschatzes veranstalten, die durch Abbilder und Demonstrationen von Originale aus den Sammlungen des Museums erläutert werden sollen. Herr Direktor Dr. Granich wird über die Entwicklung des Mobiliars und des Wohnraumes sprechen, der Direktorialassistent Herr Dr. Kurzweil über System und Geschichte der Keramik. Der erste diesjährige Diskussionsabend findet Mittwoch den 15. Januar statt. Herr Dr. Pabst, Direktor des Lehrerseminars für Knabenhandarbeit wird die Freundschaft haben, denselben durch einen Vortrag über die Knabenhandarbeit zu beleben. Von den Ausstellungssunternehmungen der Monate Januar bis April muss an erster Stelle genannt werden die Fachausstellung für moderne Wirkerei, Stickerei und Spitzen, die am 15. Februar bereits veröffentlicht werden soll. Daneben verdient besondere Beachtung eine umfangreiche Ausstellung von Amateurphotographien nach Werken des Pariser Bildhauers Rodin.

**Berliner Theaterbrief.** Aus Berlin wird uns vom 10. Januar geschrieben: Unser Offiziersstand erfreut sich, wenn man die Stimme des Theaterpublikums als Stimme des Volkes ansehen darf, gegenwärtig seiner besonderen Volksähnlichkeit. Der blödeste Angriff und die plotteste Satire auf ihn wird mit jubelndem Beifall aufgenommen und ein Stück, dessen Tendenzen gegen irgendwelche Schäden und Auswüchse der militärischen Gesellschaft gerichtet sind, ist von vorherein eines gewissen Erfolgs sicher.

Dies wußte auch Herr Richard Skowronski und darauf baute er seine neueste Novität, Das schwarze Schäflein, das sich uns am leichten Premierenabend auf der Bühne des Lessing-Theaters präsentierte. Herr Skowronski stellte in den Mittelpunkt seines fünfaktigen Schauspiels eine nach seiner Meinung matelloße Helden, eine kluge, hochgebildete, herzensgute und stilsreiche Heidelberg Professorstochter, die sich an einem adeligen Lieutenant verheiratet hat, der sie nur ihres Gelbes wegen nahm und den sie irrtümlich für einen Auskund von Edelmut hält. Nun sieht sie da in Mobilierwo an der russischen Grenze, inmitten einer feudalen Gesellschaft, deren Lebensanschauungen ihr widerstreben, an der Seite eines leichtsinnigen, hochmütigen und rohen Jägers, der ihr das Leben zur Hölle macht. Bei den Damen des Regiments heißt sie "das schwarze Schäflein", weil man sie ihrer zahlreichen Extravaganten wegen nicht recht als zur Herde gehörig anerkennen will. Sie liest nämlich moderne Bücher, schwärmt für Böcklin und ist mit einem liberalen Mittergutsbesitzer verheiratet. Ihr Gatte läßt sich nicht weiter um die Klatschereien über das schwarze Schäflein, aber die Freundschaft mit dem freisinnigen Agrarler, der außerhalb der Clique steht, nebenbei aber von Abel und Kester, Rittermeister eines vornehmen Ulanenregiments ist, ärgert ihn. Der Herr pflegt nämlich heimliche Zusammenkünfte mit der Frau Lieutenant, hat es aber versäumt, sich mit dem Herrn Lieutenant in den vor-

hohen Belastung der Arbeiterschicht durch direkte und indirekte Steuern, erhebt die Versammlung entschieden Protest gegen den Versuch, die breiten Volksmassen noch mehr durch indirekte Steuern auf die notwendigsten Lebensmittel auszugeben, sie erklärt sich gegen alle indirekten Steuern. Ferner spricht die Versammlung ihr lebhaftestes Bedauern aus, daß die sächsische Einkommensteuer erhöht worden ist, ohne daß der Versuch gemacht worden ist, den Mehrbedarf von Steuern tragfähiger Schultern aufzubürden.

## Aus der Partei.

**Die Erfurter Affäre** zieht weitere Reize. Wie Genosse Grunwald heute in der Tribune mitteilte, sei ihm am Montag morgen ein längeres Manuskript des Genossen Henn, in dem ausführlich zur Streitsfrage Stellung genommen wird, mit der Forderung, daß unsägliche Schriftstück in der Montagnummer abgedrucken, unterbreitet werden. Dies lehnte Grunwald aus technischen Gründen ab, versprach aber die Aufnahme für den nächsten Tag. Die Preskommision war damit nicht zufrieden, sie ließ das "Pamphlet", wie es Grunwald nennt, als Flugblatt drucken und legte es der Tribune bei. "Ich beschränke mich", sagt Grunwald, "deshalb heute darauf, zu konstatieren, daß das beigelegte Pamphlet einfach von Entstellungen und Verdrehungen strömt, ganz abgesehen von den unerhörten persönlichen Anwürfen".

Das Flugblatt wirft allerdings die "alltäglichen" Darlegungen Grunwalds völlig über den Haufen. Wie können daraus nur das Hauptthätsliche mitteilen. Als Grunwald acht Tage nach der Mitteilung des Geschäftsführers, daß er gewählt worden sei, nach Erfurt kam, gestohlt es nicht, um eine Wohnung zu suchen, sondern um die Amtstellungsbedingungen zu regeln. Diese Bedingungen waren die Gehaltsfrage, das Zeichnen und eine finanzielle Frage. Genosse Grunwald accepitierte nur die Gehaltsfrage, möchte gegen die zweite Einwendungen und verzerrt die dritte. Über letztere wurde schließlich eine Einigung erzielt. Da der Geschäftsführer unterslassen hatte, Grunwald die wichtigste Bedingung, nämlich die Kandidaturfrage, mitzuteilen, so wendete sich Genosse Henn bei Grunwalds Unwissenheit an diesen mit der Frage, ob er sich verpflichte, eine Kandidatur in seiner Stellung nicht anzunehmen, worauf Grunwald mit Ja antwortete. Dieser Vorgang wird auch von dem Geschäftsführer Genosse Stegmann als Ohrenzeuge bestätigt. Nachdem nun diese Verständigung mit Grunwald herbeigeführt worden war, wurden acht Tage später alle diese Vereinbarungen von der Preskommision bestätigt und damit erst das Engagement vollzogen. Eine Bestätigung für ihre Darstellung, daß bei Grunwalds Anwesenheit in Erfurt das Engagement noch nicht abgeschlossen war, findet die Preskommision in dem Umstand, daß Grunwald damals eine Wohnung noch nicht mietete. Zu dem Flugblatt heißt es dann: "Wenn Grunwald zu seiner Entschuldigung nicht Gedächtnisschwäche vorschlägt, bin ich gezwungen, ihm den Vorwurf zu machen, daß er sich bewußt der Unwahrheit bedient." Im weiteren wird dann nachgewiesen, daß Genosse Grunwald sich seiner Verpflichtung, keine Kandidatur anzunehmen, wohl bewußt gewesen ist. Der Rest des Flugblattes ist rein persönlich. Es handelt von dem Streben Grunwalds, eine Kandidatur zu erlangen, gelieben "von dem krampfhaften Verlangen, mit aller Gewalt Arbeiter für seine Familie pro Jahr zu zahlen 54,59 M., an anderen indirekten Steuern 47 M., Staatseinkommensteuer nach der neuen Stufe 18 M., Gemeindeabgaben 16,90 M., so daß er insgesamt die ungeheure Summe von 131,49 M. pro Jahr gleich ca. 11% Prozent seines Einkommens an Steuern zahlen muß, ohne Verstärkung des Schulgeldes und anderer Abgaben". Ansichts solcher Belastung könnte es so nicht weiter gehen und müsse die Arbeitgeber durch rüstige Agitation den kommenden Reichstagswahlen vorarbeiten, um ein anderes Resultat als bisher im Kreise zu verzeichnen. Beide Versammlungen nahmen diese Resolution an:

"Die Spaltung der Parteigenossen im sechsten Berliner Reichstagwahlkreise ist nunmehr vollzogen. In der Schönhauser Vorstadt hat sich neben dem Wahlverein eine sozialdemokratische Sonderorganisation gebildet und den Stadtverordneten Borgmann zum Vorsitzenden gewählt. Im sozialdemokratischen Wahlverein haben der Vorstand und die Vertrauensleute infolge der Zwistigkeiten ihre Amtsstelle niedergelegt. In einer Generalversammlung am Donnerstag wurde ein neuer Vorstand gewählt, zum Vorsitzenden Genosse Freyhaler.

geschriebenen Formen bekanntzumachen. Die Affäre droht sich zum Standal auszuwachsen, und der gefräste Chehalte beschließt, den Seelenfreund seiner Frau auf Pistolen zu fordern. Das schwarze Schäflein ist untröstlich, es verzerrt und beteuert der Wahrheit gemäß, daß die ganze Geschichte durchaus harmlos sei, eilt aber schließlich in seiner Angst zu dem bisher platonisch Geliebten und wirft sich an den Hals. Dieser ist kein Losverächter, sein Herz gehört schon lange den klugen, hochgebildeten, herzenguten und steinreichen Heidelberg Professorstochter — und so nimmt er sie denn in sein Haus auf und wirbt sie nach glücklich vollzogener Scheidung zu seiner Gattin machen. Den Zweikampf aber lehnt er ab, nicht weil er ihr prinzipiell für blödsinnig hält, sondern weil sein Leben — wie er sagt — jetzt einen Inhalt gefunden hat, der ihm wertvoller erscheint, als die Achtung seiner vorurteilslosen Standesgenossen.

Ich hege keinerlei Vorliebe für den Militarismus und für die Träger des "vornehmsten Rockes". Aber ich gestehe, daß ich angesichts des Skowronnischen Stükcs gewisse Sympathien mit den vornehmsten und brutalen Draufgängern vom Mobilierwo Dragonerregiment nicht unterdrücken kann. Denn gegenüber den moralischen Mitzgeburten, die uns Herr Skowronski als Träger seiner politischen und gesellschaftlichen Ideale vorsöhnen, waren das wahrhaft sympathische Kavaliersgesetz. Auf unmöglichen, kindischen-nalven Voraussetzungen hantiert sich das Stück auf. Man sieht, daß der Autor von dem Willen, daß er zehnwill, keine Ahnung hat. Wo steht es heute ein Offizierscorps, das mit einem adeligen Mittergutsbesitzer gesellschaftlich nicht verfehlt, weil dieser "liberal" ist? Und wie ist es möglich, daß keiner der Offiziere weiß, daß dieses anrüchige Subjekt nebenbei Mittmeister der Reserve in einem hochnoblen Kavallerieregiment ist? Als ob es keine Raublisen und keine Kontrollversammlungen gäbe! Wie kann ferner eine auch nur halbwägs zurechnungsfähige Frau so albern sein, ihrer täglich vor allen Augen sich abspielenden Verlehr mit einem freudigen Herrn ihrem Gatten verheimlichen zu wollen? Und noch dazu in Mobilierwo! So thöricht die Voraussetzungen der Handlung sind, so sonris und ungeschickt ist ihre Entwicklung. Nebenbei tritt die geschmacklose Gesinnungsprophete des Autors plump in den Vordergrund; fortwährend merkt man das unvornehme Besteheben, dem zahlenden Publikum nur ja recht viel Angenehmes zu sagen. Das nebenbei, namentlich in dem Bau der beiden ersten Akte, eine gewisse technische Geschicklichkeit nicht zu erkennen ist, soll zu gelinden werden. Alles in allem aber gehört die Novität des Herrn Skowronski zu dem ethisch und ästhetisch Widerwärtigsten, was uns in den letzten Jahren auf Berliner Bühnen geboten worden ist. Und das will schon etwas bedeuten. J. S.

**Totenliste der Partei.** In Hannover ist einer der ältesten Parteigenossen, der allerdings aus gewissen Rückichten in der Öffentlichkeit als solcher nicht hervorgetreten ist, Dr. med. Augustmann, im fast vollendeten 74. Lebensjahr gestorben. Dr. Augustmann war langjähriger persönlicher Freund von Karl Marx. Als Marx sein Hauptwerk, Das Kapital, im Jahre 1867 herausgab, verweilte er drei Monate in Hannover bei seinem Freunde Augustmann, um die Korrekturen des Werkes zu lesen. Augustmann war auch im Jahre 1872 einer der deutschen Delegierten auf dem Kongress der Internationalen Arbeiterassoziation im Haag, bekanntlich der einzige Kongress, auf dem Karl Marx persönlich anwesend war. Auf diesem Kongress wurden die "Balzinisten" aus der Internationalen ausgeschlossen. Den jüngeren Parteigenossen dürfte Dr. Augustmann kaum bekannt geworden sein.

**g. Wegen Bekleidung eines Polizeibeamten** hatte sich in Wunsiedel der Genosse Runkel von dort zu verantworten. Ihm war zur Last gelegt, daß er in einer Versammlung gesagt habe, "vor den Männern, die dem Sozialistengesetz zum Opfer gefallen sind, müsse man mehr Respekt haben, als vor den jungen Leuten, die, unerfahren, kaum 30 Jahre alt, glatt posiert, heutzutage mit der Überwachung von Versammlungen betraut werden." Diese angeblich gesagte, von R. aber in dem ausführten Wortlaut bestätigte Neuerbung bezog der Bezirksschultheiß und Amtsgerichtsbeamter Sveti auf sich und es wurde gegen den Genossen Runkel Anklage erhoben. Als Kronzeuge wurde ein Gendarm Zeuk präsentiert, der an der Saalstühre gestanden und die ganzen Ausführungen, die ihm "gut einspielt" schienen, gehört haben will, während trotz eiferiger Nachfrage keiner der damaligen Versammlungsbefürworter gefunden wurde, der hätte bestätigen können, daß der Gendarm an dem bezeichneten Platze stand. Der Amtsgerichtsbeamter hieß es schon für eine äußerst schwere Bekleidung, wenn ein königlicher Beamter 6 Wochen Gefängnis. Das Urteil lautete auf vierzehn Tage Gefängnis.

**Der Fall Opitzius in Pforzheim** wird immer dunkler. Nun wird dem demokratischen Badischen Landesboten von seinem Pforzheimer Korrespondenten berichtet, daß eine der Bedingungen, unter welchen dem Genossen Opitzius seine Strafe erlassen wurde, die gewesen sei, daß er sich verpflichten müsse, sich auf 5 Jahre hinaus an der Arbeiterbewegung nicht zu beteiligen. Der Pforzheimer Volksfreund, das offizielle Organ der badischen Genossen, hält es "einstweilen" für ausgeschlossen, daß eine derartige Verpflichtung eingegangen worden sei. Einige Tage zuvor hatte der Volksfreund mitteilen können, daß Genosse Opitzius "nach vorheriger Ansprache mit Parteigenossen" in die Stellung des Antrags auf bedingten Strafausschluß gewilligt habe. Da der Volksfreund damals von der Sachlage unterrichtet war, wird es ihm wohl auch diesmal nicht schwer fallen, sich genauer über den Sachverhalt zu informieren. Eine Auflklärung erscheint dringend notwendig.

In der neusten Nummer teilt der Volksfreund authentisch mit, daß an Opitzius niemals ein Antritt gestellt worden ist, daß er sich in den nächsten 5 Jahren jeder Parteihäufigkeit zu enthalten habe. Zugleich erklärt der Volksfreund, die Angelegenheit sei "noch nicht abgeschlossen". Damit wäre der schwere Vorwurf, der gegen Opitzius erhoben werden könnte, daß er sich nämlich unter dem Druck einer Gerichtshöchstbehörde der Parteihäufigkeit ausdrücklich auf eine ganze Reihe von Jahren versetzt habe, erledigt, und es bliebe nur noch der Tadel gegen ihn bestehen, daß er dem Urteil der Pforzheimer Justiz selbst unterworfen hat? Seine Parteigenossen und Freunde können diese Unterwerfung mit Schwäche entkräften; aber die Perfide der badischen Nationalüberlizen wird ihn als einen reuigen Sünder verkaufen wollen, der sein Unrecht selbst eingesehen und bekannt hat.

## Pereine und Versammlungen.

Eine außengeholtte Versammlung der Mäder wurde am 11. Januar im Bürgergarten abgehalten. Genosse Witzlich hielt seinen Vortrag über Volkswirtschaftslehre fort, dem die Mitglieder mit großem Interesse folgten. Hierauf gab der Vertrauensmann die Abrechnung vom 4. Quartal, die von den Revizoren bestätigt wurde. Dem Vertrauensmann wurde Decharge erteilt. Aus dem Berichte des Agitationskomitees, den Kollege Kaufmann erstattete, ist zu erwähnen, daß sich die Tätigkeit im letzten Jahre hauptsächlich auf den inneren Ausbau der Organisation erweitert hat. Die Kollegen der wenigen Werkstätten, mit denen das Agitationskomitee in Verbindung treten konnte, haben sich auch in der Mehrzahl organisiert. Vor allem galt es auch, die Kollegen, die infolge der Lohnbewegung im Jahre 1900 eingetreten waren, der Organisation zu erhalten, was hauptsächlich durch die Hausfassierung möglich geworden ist. Denn obwohl die Leipziger Gewerkschaften im vorigen Jahre infolge der Krise um 1800 Mitglieder zurückgegangen sind, ist bei uns eine erfreuliche Zunahme zu konstatieren. Während am Schlusse des Jahres 1900 der volle Jahresbeitrag von 202 Mitgliedern eingegangen war, lauteten die entsprechenden Zahlen für 1901 auf 384 und 1902 auf 387 Mitglieder, der hauptsächliche Mitgliederstand beläuft sich jedoch augenzwinkend auf über 400. Abgesehen von einigen unbedeutenden Differenzen in einzelnen Werkstätten wurde der Vorsitz in seinen hauptsächlichsten Punkten eingehalten. Es wurden im Berichtsjahr 22 Mitgliederversammlungen und 6 öffentliche Versammlungen abgehalten, in denen 8 Vorträge und eine Vorlesung gehalten wurden. Das Agitationskomitee erledigte seine Angelegenheiten in 85 Sitzungen. Bei der auswärtigen Agitation wurde Grimauna neu gewonnen, während Torgau, das unter der Kontrolle von Elsenburg stand, infolge der schlechten Konjunktur verloren gegangen ist. Aus demselben Grunde war es nicht möglich, daß keiner der Offiziere weiß, daß dieses anrüchige Subjekt nebenbei Mittmeister der Reserve in einem hochnoblen Kavallerieregiment ist? Als ob es keine Raublisen und keine Kontrollversammlungen gäbe! Wie kann ferner eine auch nur halbwägs zurechnungsfähige Frau so albern sein, ihrer täglich vor allen Augen sich abspielenden Verlehr mit einem freudigen Herrn ihrem Gatten verheimlichen zu wollen? Und noch dazu in Mobilierwo! So thöricht die Voraussetzungen der Handlung sind, so sonris und ungeschickt ist ihre Entwicklung. Nebenbei tritt die geschmacklose Gesinnungsprophete des Autors plump in den Vordergrund; fortwährend merkt man das unvornehme Besteheben, dem zahlenden Publikum nur ja recht viel Angenehmes zu sagen. Das nebenbei, namentlich in dem Bau der beiden ersten Akte, eine gewisse technische Geschicklichkeit nicht zu erkennen ist, soll zu gelinden werden. Alles in allem aber gehört die Novität des Herrn Skowronski zu dem ethisch und ästhetisch Widerwärtigsten, was uns in den letzten Jahren auf Berliner Bühnen geboten worden ist. Und das will schon etwas bedeuten. J. S.

**Mitgliederversammlung der Schmiede** am 11. Januar. Zunächst hält Herr Dr. med. Frische einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über Geheimmittel und Geheimmittelstschwindel. In Alt-Erlangen glaubte man Krankheiten durch religiöse Besprechungen heilen zu können; nachdem dann im 15. Jahrhundert die Buchdruckerkunst erfunden, war dem Geheim-

mittelschwindel der Weg geöffnet, da es nun möglich war, durch eine großerartige Masse Propaganda für die Gehemmittel zu machen. Bedauerlicherweise findet man noch heutzutage fast in jeder Familie derartige Mittel, für die mitunter ein sehr hoher Preis bezahlt werden muß, während in Wirklichkeit ihr Wert nur ein sehr geringer ist. Auch wird durch die Anwendung dieser Mittel die Gesundheit der Menschen nicht verbessert, sondern mitunter eher verschlechtert. Wohl ist schon in einigen Staaten von Seiten der Regierungen etwas Einhalt gegen diesen Unsug gethan worden, doch ist es notwendig, daß hierüber hauptsächlich die Frauen aufgeklärt werden, indem sie es sind, die den meisten Gebrauch von Gehemmitteln machen. Zum Schluss gab der Referent über die am meisten verbreiteten Gehemmittel näheren Aufschluß. In der Debatte gab noch ein Kollege hervor, daß es den Frauen leichter gemacht werden müsse, zum medizinischen Studium an den Universitäten zugelassen zu werden; so sind z. B. in Berlin 2000 männliche Ärzte und nur 7 weibliche vorhanden. Wegen vorausgelegter Zeit wurden die übrigen Punkte der Tagesordnung auf die nächsten Donnerstag im Pantheon stattfindende öffentliche Schmiddeveranstaltung verlegt. Unter Gewerkschaftlichem wurde das Verhalten eines Kollegen scharf kritisiert, worauf der betreffende Kollege sein Am als Schriftführer niedergeliegt. Zum Schlusse ermahnte der Vorsitzende die Kollegen zum guten Besuch der Versammlungen.

**Eine gutbesuchte Parteiversammlung des Bezirksbezirks** fand am 10. Januar im Schloß Lindenfelde statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Vortrag über die Internationale und ihre Vorarbeit im Klassenkampf seit 1864. 2. Abrechnung des Vertrauensmannes. 3. Neuwahl des Vertrauensmannes und dessen Stellvertreter. 4. Neuwahl der Revolutions. 5. Neuwahl zur 45er Kommission. Zum ersten Punkt der Tagesordnung schilderte Genosse Motteker, wie infolge der politischen und wirtschaftlichen Krisen Ende der fünfziger Jahre der Arbeiter und Handwerker zum Nachsehen über seine Lage veranlaßt worden sei, wie dann mit der Gründung des Nationalvereins die Arbeiterschaft gelöster werden sollte, und wie auf der im Jahre 1862 in London stattgefundenen Weltausstellung die französischen Arbeiter den Anstoß zur Gründung einer internationalen Arbeiterassociation gaben, die natürlich von der Bourgeoisie eben so eifrig verleumdet und gehasst, als wie von den berufenen Arbeiterschaft ausgebaut wurde. Nebenbei schübert dann die Arbeiterbewegung und ihre Kampfesmittel bis zum heutigen Tage, zum Schluss aussordernb, trenn und fest zu unserer Sache zu halten, auch dann, wenn die Not nicht mehr so hart an uns herantrete. Großer Beifall lobte den Redner für seinen Vortrag. Zum zweiten Punkt galt Genosse Orbel bekannt, daß die Einnahmen im vergangenen Jahre 5760,78 M. betrugen; ihnen steht eine Ausgabe von 5189,95 M. gegenüber, so daß ein Kassenbestand von 570,18 M. verbleibt. An das Agitationskomitee sind 4400 M. an das Landtagsagitationskomitee 519,78 M. abgeführt worden. 50 M. werden dem Vertrauensmann für seine Tätigkeit bewilligt, nachdem ihm auf Antrag der Revolutionäre einstimmige Entlastung ausgesprochen war. Zum Vertrauensmann wurde Genosse Orbel, zum Stellvertreter Genosse Hagen gewählt. In die 45er-Kommission wurden gewählt die Genossen Richard Krüger, Frau Wehmann, Emil Kilian (Plagwitz), Wiedera, Mödiger, Rauhe, Böllner und Kühn (Großschocher).

#### Bildungsverein L.-Gohlis.

In der am 11. Januar stattfindenden Generalversammlung berichtete der Vorsitzende über die Thätigkeit des Vereins im vergangenen Jahr. Es wurden abgehalten 10 Vorträge, 2 Diskussionsabende und 1 Generalversammlung, mit einer Besucherzahl von 52—100 Personen, durchschnittlich 71 Personen; ferner 1 Stiftungsfest und 1 Theaterabend; 2 ähnliche Veranstaltungen wurden verboten. Wie noch in keinem Jahre, wurden in diesem dem Verein von der Behörde unter dem neuen Kurs (Amtshauptmannschaft) bezüglich der Feste Schwierigkeiten in dem Weg gestellt. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Jahres inklusive Schülern 152; sie vermehrte sich gegen das Vorjahr um 8 Personen. Die Sängerabteilung schwoll durch Abreise manches Sängers, bedingt durch die wirtschaftliche Krise, auf 19 Mann zusammen; sie übte an 50 Abenden mit durchschnittlich 20 Mann. Die Turnerabteilung hielte 100 Turnstunden ab; es turnten durchschnittlich 3 Männer mit 25 Mann; die Knabenabteilung turierte an 28 Sonntagen mit durchschnittlich 15. An der Dramatischen Abteilung beteiligten sich bei 49 Zusammensätzen durchschnittlich 10 Personen. Nach dem Kassenbericht betrug die Einnahme 1004,16 M., die Ausgabe 912,84 M.; es bleibt somit an Bestand 91,52 M. Die Bibliothek verzeichnete sich um 14 Bände und besteht zur Zeit aus 820 Büchern, wovon 178 ausgeliehen wurden, das sind 48 mehr als im Vorjahr. Verschiedenen Wünschen in Bezug auf Auswahl der Bücher bei Neuanwerbungen soll möglichst Rechnung getragen werden. Als Vorstandesmitglieder wurden die Genossen Heyrich und Schessl wieder, und Jakob, Weber und Anderen neu gewählt; als Revolutionsmitglieder zwischen dem Vertrauensmann und dem Verein wird Genosse Uehmann ernannt. Ein Lokalkommunistenmitglied berichtet, daß die Versammlungen dieser Kommission in der Saalfrage im vergangenen Jahre ohne Erfolg gewesen seien. In der letzten Zeit habe eine Verhandlung mit den größeren Saalhabern des Kreises stattgefunden, die Verhandlung scheiterte aber und zwar hauptsächlich an der Hartnäckigkeit eines Wirtes. In diese Kommission wurden die Genossen Fischer, Hilbert und Müller gewählt. In der 45er-Kommission wurden Jakob und Weber delegiert. Beim 2. Punkt der Tagesordnung, Verschiedenes, wirkt ein Redner die Frage auf, ob es noch zweckmäßig sei, den Bund der Arbeitervereine fernherin anzugehören. Diese Frage entfesselte eine schier endlose Debatte, da hierüber die Meinungen sehr auseinander gingen. Von den 3 Anträgen, die gestellt waren, fand der folgende einstimmige Annahme: Die Beschlusshaltung über diesen Punkt bis zum nächsten Bericht, den die Bundesdelegierten bei Ablauf ihrer Wahlperiode zu erläutern haben, zu verlagen. Der Vertrauensmann des Nordbezirks teilt noch mit, daß in kommender Woche eine Parteiveranstaltung mit einem Referat des Genossen Rektor Jach in Mönchhof, Gohlis, stattfinde, woran sich die Mitglieder zahlreich beteiligen mögen. Der Sängerbund lädt zum Familienabend der Sängerabteilung ein. Dieser findet Sonntag den 26. d. M. in der Sängerhalle zu Gohlis statt.

#### Mitgliederversammlung des Arbeitervereins von Mödern und Umgegend

am 4. Januar. Tagesordnung: 1. Vereinsangelegenheiten. 2. Verschiedenes. Die Liste für den Kursus: Die erste Hilfe bei Unglücksfällen, liegt nochmals aus; der Vorsitzende fordert auf, sich recht sahrech daran zu beteiligen. Die Turnerabteilung veranstaltet am 28. Februar einen Familienabend, was von der Versammlung gut geheißen wird. Die Versammlung findet nicht Sonnabend am 18., sondern Sonntag den 19. Januar abends 19,7 Uhr (Literarischer Abend) im Vereinslokal statt. Darauf Schluss der schwach besuchten Versammlung.

#### Arbeiterverein Stahlmeli und Umgegend

In der am 11. Januar abgehaltenen Generalversammlung erstattete der Vorstand Bericht über die Thätigkeit des Vereins. Die Zahl der Mitglieder ist gesunken; sie beträgt am Jahresende 51 Personen. Freiwillig traten aus 6, durch Flucht 8 und ausgeschlossen wurden 2 Mitglieder. Abgehalten wurden in dieser halbjährigen Periode 6 Monats- und 2 Hauptversammlungen. Außerdem haben noch 10 Ausschüttungen mit Kommissionen stattgefunden. In Vergangenheit hielt der Verein ein Sommerfest ab, machte einen Ausflug nach Lindenfelde, und veranstaltete im Kreise der Mitglieder einen Familienabend. Der Besuch der Versammlungen war im Durchschnitt 28 Personen. Der Kassenbericht war immer noch günstig und wurde von den Revolutions für gut befunden, worauf dem Kassierer Deckung erteilt wurde. Der Bibliothekar stimmte wieder seine alte Klage an und bedauerte sehr, daß von der Bibliothek so wenig Gebrauch gemacht werde, obwohl doch gerade jetzt an den langen Abenden die beste Gelegenheit dazu ge-

boten wäre. Es wurden im ganzen 24 Bände von 18 Personen gelesen. Die Sängerverteilung übt im Durchschnitt mit 18 Personen; sie hat bei verschiedenen Festlichkeiten durch Vorträge von Liebhabern sowohl als auch Aufführungen ihr möglichst gehan. Sangeslustige sind zu jeder Zeit herzlich willkommen. Aus der Neuwahl gingen hervor: Als 1. Vorsitzender M. Kühn, als 2. Vorsitzender G. Trödler; als 1. Schriftführer G. Gründling, als 2. Schriftführer Hermann Heine; als 1. Kassierer O. Böß, als 2. Kassierer G. Anton; als 1. Bibliothekar H. Wolf, als 2. Bibliothekar P. Höller. Als Revolutions wurden gewählt: Willing, Emil und August Stehler. Unter Verschlußblatt wurde die Feststellung der wöchentlichen Beiträge vertragt. Genosse Kühn gab hierauf einen Bericht von der Konferenz des 11., 12., 13. und 14. Reichstagswahlkreises, der mit Interesse verfolgt wurde. Nach Erledigung verschiedener Anfragen erfolgte Schluss der gutbesuchten Versammlung.

## Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 14. Januar.

Der städtische Generaldirektor der Trebergesellschaft, Schmidt, hat das Landgericht Kassel um ein Freispruch ersucht. Schmidt befindet sich in Brooklyn. Seine Auslieferung soll vorstehen.

**Eine Folge des Herzfeststreits.** In der Verteidigungsaklage des Dr. Stummel gegen Kommerzienrat Dr. Schwabe hat der legtere die gegen das schöppengerichtliche Urteil eingelegte Berufung wieder zurückgezogen, so daß nunmehr das Erkenntnis der ersten Instanz, in der Kommerzienrat Dr. Schwabe zu einer Geldstrafe von 200 M. und zur Tragung sämtlicher Kosten verurteilt wurde, rechtskräftig geworden ist.

**Konsumentverein L.-Gohlis.** Obgleich die Erwerbsverhältnisse im Nordbezirk Leipzigs höchst ungünstig sind, erreichte der Konsumentverein L.-Gohlis und Umg. vom 1. Juli 1901 bis Ende 1901 doch noch einen Umsatz von 817 843,95 M. Das Resultat ist um so erfreulicher, als der Verein eine in Schleißig früher betriebene Verkaufsstelle wegen der in Preisen eingeschränkten Warenhäuser seit dem 30. Juni 1901 aufgeben mußte und demzufolge jetzt eine Verkaufsstelle weniger besitzt. Beigetreten sind dem Verein 321 neue Mitglieder, was auf eine gesunde Weiterentwicklung des Konsumentvereins L.-Gohlis und Umgang schließen läßt.

Für jugendliche Arbeiter ist die abgeänderte Bestimmung zu beachten, die soeben vom Ministerium des Innern infolge einer Änderung der Gewerbeordnung vom 30. Juni 1900 erlassen worden ist: Zwischen den Arbeitsstunden müssen an jedem Werktag regelmäßige Pausen gewährt werden. Für jugendliche Arbeiter, die nur 6 Stunden täglich beschäftigt werden, muß die Pause mindestens eine halbe Stunde betragen. Den übrigen jugendlichen Arbeitern muß mindestens mittags eine einstündige sowie vormittags und nachmittags je eine halbstündige Pause gewährt werden. Eine Vormittags- und Nachmittagspause braucht nicht gewährt zu werden, sofern die jugendlichen Arbeiter täglich nicht länger als 8 Stunden beschäftigt werden und die Dauer ihrer durch eine Pause nicht unterbrochene Arbeitszeit am Vormittag und Nachmittag je 4 Stunden nicht übersteigt (§ 136 Abs. 1).

Gegen die Festlichkeiten an den Sonnabenden hat das Ministerium des Innern abermals eine Verordnung an die Polizeibehörden erlassen. Es wird in der Verordnung hervorgehoben, daß nach § 7 des Gesetzes über die Sonnagsfeier Vergnügungen, Festlichkeiten und Lustbarkeiten an öffentlichen Orten an den Sonnabenden und an den Vorabenden vor Fest- und Feiertagen keinesfalls über Mitternacht ausgedehnt werden dürfen, daß sich dieses Verbot, wie schon in der Verordnung vom 10. März 1900 ausgesprochen worden sei, auch auf nichtöffentliche Konzerte, Tanz- und sonstige geräuschvolle Vergnügungen, wenn sie an öffentlichen Orten abgehalten würden, beziehe, und daß es hierauf unzulässig sei, hinsichtlich der Dauer und Ausdehnung aller dieser Vergnügungen und Lustbarkeiten an den Sonnabenden und den Vorabenden vor Fest- und Feiertagen keinesfalls über 12 Uhr nachts Ausnahmen zu bewilligen. Weiter besagt die Verordnung: Wenn sodann im Interesse der Herbeführung einer besseren Sonnagsheiligung dringend zu wünschen ist, daß die Vergnügungen und Festlichkeiten an den Sonnabenden und Vorabenden vor Fest- und Feiertagen überhaupt auf ein möglichst geringes Maß beschränkt werden, so wollen die Polizeibehörden auch dies im Auge behalten und bei Genehmigungen für Vergnügungen an Sonnabenden und Vorabenden vor Fest- und Feiertagen, insbesondere auch in den Städten, einen strengen Maßstab anlegen und mit der Erlaubniserteilung vorsichtig und sparsam umgehen.

Auch von dieser Verordnung werden in der Hauptstadt wieder die Arbeitervereine betroffen. Den Vereinigungen des Bürgeriums wird es nicht schwer fallen, für ihre festlichen Veranstaltungen sich einen andern Wochentag auszuwählen.

**Der Verbrauch an Leitungswasser in Leipzig betrug im Jahre 1900 1127200 Kubikmeter; er hat sich gegen das Vorjahr um 417000 Kubikmeter erhöht.** Da in der ersten Hälfte des Jahres 1901 ein Mehrverbrauch von über 200000 Kubikmeter gegenüber dem gleichen Zeitraum des vorhergehenden Jahres stattgefunden hatte, so ist der Verbrauch für 1902 mit 12% Millionen Kubikmeter in den Haushaltplan eingestellt worden.

Für die Automobil- und Radfahrer ist die folgende polizeiliche Bekanntmachung bestimmt:

Wiederholt ist es vorgekommen, daß die Grünmaische und Petersstraße, welche Straßen nach der durch die Bekanntmachung vom 16. Mai 1901 abgeänderten Fassung des § 6 des Straßen- und Platzregulativs für das Fahren mit Zweirädern und Kraftfahrzeugen gesperrt sind, diesem Verbote zuwider, namentlich an Straßenecken, gegenwärtig verkehren, doch befahren werden. Es wird deshalb diese Bestimmung erneut in Erinnerung gebracht und ausdrücklich darauf hingewiesen, daß auch das Kreuzen der für den Verkehr mit Fahrzeugen wie Kraftfahrzeugen gesperrten Straßen als ein Verfahren derselben anzusehen und nach § 158 des Straßen- und Platzregulativs strafbar ist.

Im Osthof in der Zwangsarbeitsanstalt an der Niederschloßstraße haben in der Woche vom 5. bis 11. Januar 793 Personen nachts Unterkunft gefunden. Davon sind 97 Personen auf eigenes Ansuchen durch Bäder und Desinfektion der Kleidung kostenlos gereinigt worden.

**Die Polizeistunde in Leipzig.** Das mit dem 1. Januar in Kraft getretene örtliche Gesetz über die Polizeistunde hat zur Folge gehabt, daß die Schankwirtschaften mit Kellnerbedienung, die die ganze Nacht geöffnet sein dürfen, von dieser Erlaubnis nur vereinzelt Gebrauch machen; die Mehrzahl dieser Schankwirtschaften wird wie früher um 2 Uhr nachts geschlossen. Die Schankwirtschaften mit weiblicher Bedienung, die um 12 Uhr nachts schlafen müssen, sind in nur wenigen Fällen zur Kellnerbedienung übergegangen, die übrigen schlafen um 12 Uhr. Einigen derartigen Lokalen ist die Vergünstigung zuteil geworden,

wie früher bis 2 Uhr nachts offen zu halten, doch sollen die Vergünstigungen, die meist nur versuchsweise auf einen Monat gewährt wurden, nicht weiter ertheilt werden, so daß vom 1. Februar ab die Schankwirtschaften mit weiblicher Bedienung, abgesehen von den Oster- und Michaelismessen, fast ausnahmslos um 12 Uhr nachts geschlossen sein werden.

**Durchgegangen.** Der Besitzer einer Bäckerei in Stötteritz, Georg Richard Seeling, dessen Comptoir sich in der Mittelstraße 18b in Leipzig befindet, ist seit einigen Tagen verschwunden. Seeling hat sich, wie es heißt, ein neues Bäckereihaus patentieren lassen, wonach Brot aus gekochtem Getreide hergestellt werden soll. Die Bäckerei nahm Anfang Oktober ihren Betrieb auf und hatte in Leipzig vier Filialen. Seeling hatte sich 14 Personen — Filialleiter, Buchhalter, Kutscher, Maschinemeister, Stadtkreisende und Marktbesitzer — mit Kapitale von 200 bis 1800 M. engagiert. Mit diesen aus den gestellten Käutionen gewonnenen Einnahmen hat er das Geschäft angefangen und betrieben. Der größte Teil der Angestellten hat in der kurzen Betriebszeit wenig oder gar keinen Gehalt bezogen. Sie führen nicht nur ihre Stellung, sondern auch ihre Käutionen ein. Die Käutionen sind bereits eingezahlt.

**Bermith** wird seit dem 10. Januar der am 17. November 1886 in Plagwitz geborene Kaufmännische Arthur Richard Kneifel aus der elterlichen Wohnung in der Ziegelstraße zu L.-Plagwitz. Der Bermith ist von schlauer Gestalt, hat dunkles Haar, blaßes Gesicht und trägt Brille. Er trug zuletzt eine dunkle Hose, grüne Jacke und schwarze, weichen Filzhut.

**Drei Kollidie** sind in den Personen eines 47 Jahre alten Arbeiters aus Lindenholz, eines 20jährigen Schlossers aus Regis und eines 30 Jahre alten Schuhmachers aus Unterstädt erledigt worden. Die Käutionen sind ebenfalls eingezahlt. Im Besitz der Verhafteten wurden eine ganze Menge Waren, die von Diebstählen herrühren, vorgefunden. Es wird angenommen, daß die Diebe die von ihnen gestohlenen Gegenstände zunächst nach irgend einer Wirtschaft gebracht und dort verborgen hatten. Erwähnungen darüber wurden der Kriminalabteilung des Polizeiamts von größtem Wert.

**kleine Polizeimeldungen.** In Haft genommen wurde ein wegen Eigentumsvorwurfs schon oft vorbestrafter 39 Jahre alter Handarbeiter aus Schönefeld, weil er in der Markthalle eine Kiste mit Apfelsinen stahl.

Zwei Überreicherdiebe wurden in den Personen eines 35 Jahre alten Arbeiters aus Alt-Stützenhof und eines 20jährigen Schreibers aus Senftenberg festgenommen. Ersterer stahl einen Überzieher aus einem Comptoir in der Frankfurter Straße, letzterer einen solchen aus der Garderober eines Büros am Täubchenweg.

Weiter ist eine 20 Jahre alte Arbeiterin aus Borna in Haft genommen worden. Diese stahl einem Herrn einen Geldbetrag.

Wegen eines Sittlichkeitsverbrechens erfolgte die Festnahme eines 20 Jahre alten Tischlers aus Thiemendorf.

Eine Einmieterdiebin wurde in der Person einer 25 Jahre alten Krankenwärterin aus Döbeln festgenommen. Diese hat eine Familie in der Nikolaistraße bestohlen.

Wegen größerer Warenkliebäume, deren er sich in einem Geschäft am Augustusplatz schuldig gemacht, wurde ein 42 Jahre alter Arbeiter aus Neumühl zur Verantwortung gezogen.

Im Besitz einer festgenommenen Person sind eine Anzahl Frühstücksbrote vorgefunden worden, die der Verhaftete in Händen der Kronprinzstraße geföhlt haben will. Die Eigentümer der Frühstücksbrote können diese in der Kriminalabteilung des Polizeiamts in Empfang nehmen.

Aus einer Webstube auf dem Markt wurden in der Nacht zum 12. d. M. eine größere Anzahl Taschen- und Taschenmesser, sowie mehrere Revolver im Gesamtwert von etwa 100 Mark gestohlen.

Ein wertvoller Spazierstock von Ebenholz mit silberner Krücke wurde am Sonntag aus einem Lokal in der Neuen Hallischen Straße in L.-Gohlis gestohlen.

Durch Einbruchsbiebstahl wurde in der Nacht zum 18. d. M. in Kleinjochsche eine Goldkette von 170 Mark und ein Portemonnaie entwendet.

In der Gerberstraße wurde gestern mittag ein Stellenvermittler von heftigen Krämpfen besessen. Man brachte den Erkrankten nach der 1. Sanitätswache.

Auf der Delitzscher Straße zog sich gestern ein Rohrprobekettensieder aus Gohlis durch einen unglücklichen Fall einen Knöchelbruch zu. Der Verunglückte wurde zunächst in seine Wohnung, dann aber in das städtische Krankenhaus gebracht.

In einem Grundstück des Kaufstädter Steinwegs fiel gestern abend eine 26 Jahre alte Kellnerin aus Solzbrunn so unglücklich die Kellertreppe hinab, daß sie einen Bruch des rechten Fußgelenks davontrug.

## Gerichtssaal.

Landgericht.

Leipzig, 13. Januar.

Wegen schweren Einbruchs diebstahls hatten sich vor der 1. Strafkammer der 26 Jahre alte Bäcker Ernst Abe und der 28 Jahre alte former Paul Ulrich, beide in Leipzig wohnhaft, zu verantworten. Von Bäcker der preußischen Staatsbahn sind sind die beiden in der Nacht vom 1. auf den 2. Dezember b. J. durch eine Luke im Schnuppen in den Lagerraum, der an der Dörfener Straße gelegen ist und der dem Kohlenhändler N. gehört, eingestiegen. Sie versuchten am Comptoir zunächst die Thür auszuheben, was ihnen aber nicht gelang. Hierauf hoben die beiden Einbrecher die Fensterladen aus, stießen die Scheiben ein und beide stiegen darauf in das Innere. Aus einem Pult, das sie gemeinschaftlich erbrachten, raubten sie 27 M. bares Geld und für etwa 8 M. Polizeizettel. Den Rückweg traten sie wieder über die Gleise an und so haben sie sich wegen Betretens des Bahnhofs noch einer Übertretung des Bahnpolizeireglements schuldig gemacht. Beide gestehen die That ein, nur macht Ulrich geltend, daß er vom ganzen Raub nur 8 M. erhalten

der Schützengesellschaft in Borna und hatte als Soldat die Kassengelder zu verwalten. Als im vorigen Jahre in Leipzig der Ballustrad eintrat, ist S. von seinen Referenten derart gedrängt worden, Zahlung zu leisten, daß er keinen anderen Ausweg wußte, als die Kassengelder zur Zahlung zu verhindern, um sie dann, wenn er irgend eine Ansicht aufgenommen hätte, wieder zurück zu erstatten. Am August 1901 betrug die unterschlagene Summe 831 M. Damit hat S. außerdem Rechnungen der Gesellschaft, die insgesamt 280 M. betragen, selbst quittiert und einige davon von seinem Bossen unterschreiben lassen. Alle Versuche, Geld zu erlangen, um die Unterschleife deden zu können, blieben schließlich erfolglos. Am 22. August war Kassenrevisor und S. hat die gefälschten Quittungen den Revisoren als echte vorgelegt. Mit dem Direktorium der Schützengesellschaft hat S. dann noch der Entdeckung der Unterschlagung z. ein Abkommen getroffen, daß er der Gesellschaft für den Schadensatz für 1000 M. Schuhwaren obtrat und der Schaden dadurch erzeigt wurde. Die Gesellschaft sah nach einem einstimmig gesachten Beschluss von einer Anzeigeerstattung ab. Der Staatsanwaltshof ging aber später ein anonymes Schreiben zu und als die angestellten Recherchen die behaupteten Thatsachen ergaben, erhob sie gegen S. die Anklage wegen Unterschlagung und Urkundenfälschung. Der Angeklagte ist in allen Punkten gesetzlich, nur will er die That nicht in gewinnbringender Absicht begangen haben. Das Gericht nahm dem Antrage des Staatsanwalts gemäß nur einfache Urkundsfälschung an und verurteilte ihn im übrigen gemäß der Anklage zu vier Monaten Gefängnis.

## Der Krieg in Südafrika.

### Englische Unjustiz.

Aus Natal North wird berichtet: Der kürzlich von dem General Melhuin gefangen genommene Vorsitzende Siebenberg, welcher des Mordes an Lieutenant Neumeier angeklagt war, ist hingerichtet worden.

### Der Vorsitzende Oppermann gefallen.

Eine Depesche Lord Millicent aus Johannesburg vom 18. Januar besagt: Oberst Wing hat einen Brief von Piet Viljoen aufgefunden, aus dem hervorgeht, daß der Vorsitzende F. D. Oppermann, dem mehrere Kommandos unterstellt gewesen sind, in einem Kampfe mit dem Obersten Blumer bei Überwacht gefallen ist; das Gesetz sei bedeutend gewesen.

## Die Vorgänge in China.

### Neue Truppenansammlungen um Peking.

Standard berichtet aus Tientsin unter dem 18. Januar: Kuangchiao habe als Oberbefehlshaber jetzt 10000 Mann in Peking unter sich und beabsichtige, eine gleiche Anzahl Truppen in der Nähe Pekings aufzustellen. Kuangchiao soll die Kaiserin Witwe mit Waffentränen gegen die fremden Mächte zu erschüttern suchen. Junglu sei zum Revisor der kaiserlichen Edikte ernannt worden, und es verlautet, Prinz Tschun werde die Tochter Junglu betreuen.

## Von Nah und Fern.

### Ein Fischdampfer gestrandet.

Bremen, 13. Januar. Die Rettungsstation Cuxhaven der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger telegraphiert: Am 12. Januar von dem auf der Robbenplate gestrandeten deutschen Fischdampfer Sekundant, Kapitän Eisenhardt, drei Personen durch das Rettungsboot des Staatsdampfers Neuwerk gerettet. Wie weiter aus Cuxhaven gemeldet wird, sind von dem Fischdampfer Sekundant 7 Personen ertrunken. Gestorben wurden der Kapitän Eisenhardt, der Steuermann und der Koch. Von diesen wird aber voraussichtlich nur der Kapitän am Leben erhalten bleiben können. Die aus 10 Personen bestehende Besatzung des Schiffes hatte sich vom Dienstag bis zum Sonnabend ohne Nahrung in den Wässen gehalten; 7 Personen wurden einer nach dem andern von den Wogen weggeschwemmt.

### Schwarze Blätter in Wien.

Wien, 14. Januar. Im hiesigen, allgemeinen Krankenhaus erkrankte unter bedeutsamen Erscheinungen eine Wärterin. Man hat die Krankheit auf schwarze Blätter diagnostiziert. Die Kranke wurde sofort in eine Isolierbaracke gebracht und mit einem Sanitätskorridor umgeben. Abends erkrankte eine zweite Wärterin. Die Arzte haben Grund zu der Annahme, daß die Aussteckung aus England eingeschleppt sei.

## Letzte Nachrichten.

London, 14. Januar. Die neue schräge kriegsfeindliche liberale Föderation hielt unter Vorsitz von Campbell-Bannerman mit dem Herzog Spencer als Hauptredner gestern abend in der St. James-Hall ihr Eröffnungsmeting ab. Die große Halle war bis auf den letzten Platz von einem distinguierten Publikum gefüllt, unter dem sich eine große Anzahl Lords, Parlamentarier und Civilbeamte befanden. Auf der Plattform befand sich Miss Hobhouse, die bekannte Schilderin der Freiheit in den süd-

afrikanischen Kolonialkriegen und Konzentrationslagern. Am Eingang der Halle wurden Flugblätter verteilt, in denen vor den Herrschergruppen Lord Rosebergs gewarnt wurde, der doch zu Rhodes Klique gehört und Bannerman unschädlich zu machen wünsche. Bannerman selbst wurde mit Entschuldigungsbriefen — unter anderem hatte der temperamentvolle junge Parteiführer Lloyd George und ebenso Lord Rosebery nicht kommen können — wurde sehr verschieden aufgenommen. Bei dem Namen Lloyd George erdröhnte das Haus wieder von Beifall, als aber Rosebery genannt wurde, zischte und piff das Publikum. Bannerman selbst redet ausführlich, geschickt und hinreichend wie immer. Die Nation müsse endlich aus den Klauen der wenigen Leute, die das Ende des südafrikanischen Krieges hinausziehen, gerettet werden. Der Friede muß geschaffen werden, nicht mit Gewalt, sondern durch Einigung und Unterhandlungen. Die ganze liberale Partei steht einmütig für den Frieden ein und hofft es bitter, daß jetzt immer noch darauf hingearbeitet würde, in Südafrika ewigen Hass groß zu ziehen. Aber man müsse so lange an der Aussicht auf Frieden verzweifeln, als Minister Nomminister und Chamberlain Kolonialminister seien.

## Mitteilungen aus dem Publikum.

Durch fast alle Leipziger Tageszeitungen ging vor einigen Tagen eine Notiz, worin mit Genauigkeit konstatiert wurde, daß sich in Sommerfeld durch Einführung der Kirchenbeleuchtung der Besuch des Gotteshauses ganz bedeutend gehoben habe, ja durch Anlage einer Spiritus-Glühlampenbeleuchtung in der Kirche sei es ermöglicht worden, Abendgottesdienste einzuführen. Es sei ununterforscht, ob mit all diesem einem wirklichen Bedürfnis entgegengesprochen worden ist, aber die, denen der Kirchgang Herzensbedürfnis ist, werden diese Einrichtungen als einen Fortschritt in gewissem Sinne doch bezeichnen. Bemerkt sei, daß diese Neuerungen sämlich aus dem Kirchenvermögen bestritten wurden. Wie anders steht dagegenüber die politische Gemeinde da. Seit Jahr und Tag wird der Gemeinderat bestürzt, doch endlich die Straßenbeleuchtung einzuführen, um die persönliche Sicherheit eines jeden Einwohners zu gewährleisten. Doch beharrt die kompakte Classe der Gutsbesitzer im Gemeinderat bei ihrem abschließenden Votum, trocken der Gemeinderat schon im Oktober 1898 beschlossen hatte, die Beleuchtungsangelegenheit im Auge zu behalten und jährlich reisliche Erörterungen anzustellen über praktische Systeme der Ortsbeleuchtung. Der Gemeinderat wird natürlich die Angelegenheit solange „im Auge behalten“, bis irgend jemand zu Schaden kommt und die Gemeinde bestürzt gemacht wird. Und dann heißt es in den Säcken greifen, natürlich in den, in welchen alle Gemeindemitglieder zahlen müssen. Dann sollte eigentlich die Classe der Gutsbesitzer allein für solche Unfälle haftbar gemacht werden, welche sich bärhaft weigern, in der Beleuchtungsfrage einen Schritt weiter zu gehen, wodurch dafür gesorgt würde, daß es nicht mehr heißt, in Sommerfeld herreise ägyptische Finsternis. Für den kleinen Steuersatzschlag, der bei Einführung der Ortsbeleuchtung sich nötig mache, ist jeder Einwohner zu haben. Oder hätte man doch im vorigen Jahre irrtümlich zu viel ausgeschriebenen 4. Termin der Kopfsteuer genommen, der wieder zurückgezahlt wurde resp. nicht erhoben wurde? Da hätte man schon in diesem Winter etwas schaffen können und der Gemeinderat hätte sich den Dank wohl aller Einwohner erworben. Aber so wird jedenfalls Sommerfeld noch auf absehbare Zeit zu den finstern Begenden unseres Vaterlandes zählen — so wollen es und so beschlossen es die Herren Gutsbesitzer im Gemeinderat erst wieder am 20. Dezember v. J. Über durch Schaden werden auch sie klug werden, dann aber leider auf Unkosten der ganzen Gemeinde!

Sommerfeld bei Leipzig. Mehrere Steuerzahler.

## Theatervorstellungen.

### Neues Theater.

Dienstag den 14. Januar: 18. Abend. Vorstellung (1. Serie, grün): *Im Weißen Röhl.* Inszenierung in 8 Akten von Oskar Blumenthal und Gustav Adelburg. Regie: Ober-Akteur Adler. Joseph Vogelhuber, Berlin zum „Weißen Röhl“ Gr. Ruth Leopold Brandmaier, Bäckerknecht Dr. Heine Wilhelm Wedde, Fabrikant Dr. Ernst Müller Otilie, seine Tochter Dr. Henckgen Charlotte, seine Schwester Dr. Bräutchen Charlotte Hinkelmann, Privatgelehrter Dr. Römer Märchen, seine Tochter Dr. Waehr Dr. Otto Siebold, Rechtsanwalt Dr. Grellé Arthur Sulzheimer Dr. Heistel Louis, Bettler Dr. Proft Hessi, seine Mutter Dr. Kleßling Professor Bernbach Dr. Otto Emma, seine Frau Dr. Hellingen Nelly Schmidt Dr. Kunzmann Melanie Schmidt Dr. Breton Horst Krämer Dr. Höh Ein Doktorist Dr. Markwort Ein Kellner Dr. Hirschel Ein Weicolo Dr. Hirschel Strelitz, Stubenmädchen im „Weißen Röhl“ Dr. Reichold Mal, Nöthn Dr. Baar Martin, Hansknecht Dr. Schmiede Dr. Schmidl Joseph, Hansknecht Dr. Schröder Der Vorler zum „Röhl“ Dr. Schröder Der Vorler zum „Röhl“ Dr. Hallisch Der Vorler zum „Grünen Baum“ Dr. Hallisch

## Schnellföhlerei mit Dampfbetrieb

Münzgasse 7. Vorblätter f. 5, 4, 2, 1, Kinder 2½ M an nach Größe. Gummiage f. 5.

u. 1, 1, 1. Glycerol schnell, gut, billig.

Altes Papier sowie Hadern, Eisen,

Metall u. c. lauft u. holt auf Wunsch ab

R. Röder, Gerberstr. 9. Telefon 7887

Empfehlung meine

**Damenbinden**

Gummisachen für Massage, Wochens-

und Krauskopflege. 3110

Gummierangebot. Halstücher für

zahnende Kinder. Preisliste 30 Pg.

Frau Auguste Wrat, Nikolaiistraße 4.

In freien Stunden.

Romane, Erzählungen für das

arbeitende Volk.

à Heft 10 Pf.

Tanz-

Unterrichtsermittl. jeder

Tageszeitl. auch Sonntags

Herrn. Papst, Brauerstr. 25

Walter Lehre i. 2 Stund.

gründl. Extraktions f. Contre findet jed.

Wittn. statt. Beginn v. 15. Januar an.

Der Vorler für „Rudolfshöhe“

Ein Bootsmann

Sapp, Gebürgsführer

Eine Dame

Eine Bauerin

Eine Bauernknecht

Edle. Nellyne, Dogmäder, Gebürgsführer.

Otto der Hanßling: Das Salzgummiergut.

Nach dem 1. Alt findet eine längere Pause statt.

Einlaß 1, 7 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende gegen 10 Uhr. Schauspieler.

Spielplan: Mittwoch: Lüttje, Anfang 7 Uhr. — Donnerstag:

Blackmann als Crispus. Anfang 7 Uhr. — Freitag: Das Abendgold. Anfang 7 Uhr. — Sonnabend: Romeo und Julia. Anfang 7 Uhr.

Altes Theater.

Dienstag den 14. Januar:

**Die Geisha oder: Eine japanische Geschichte.**

Operette in 3 Akten von Owen Hall. Musik von Sydney Jones.

Deutsch von C. W. Möhr und Julius Frey.

Regie: Regisseur Unger. — Direktion: Kapellmeister Meyer.

Wun-Ost, ein Charlatan, Eigentümer eines Theaters. Dr. Gutsell

Marquis Amari, Polizei-Offizier und Gouverneur

einer japanischen Provinz. Dr. F. Groß

Lientenant Katana von der tschech. japanischen

Artillerie

Artillerist

Leutnant Reginald Falting

Leutnant Bronville } Offiziere S. M. S. Dr. Würmels

Leutnant Cunningham } Schildkröte Dr. Keller

Leutnant Grimston Dr. Strigel

Lady Constance Wayne, eine englische Lady, welche

mit ihrer Jagd die Welt bereist

Fr. Böse

Molly Seamore } ihre Freundinnen Fr. Böck

Edita Grant Fr. Breton

Juliette, eine Französin, im Theehaus als Thee-

mädchen angestellt

Fr. Dahlberg

Mimosa San, Geisha, Sängerin

Fr. Siegmund-Wolff

Kiku San, Chrysanthemum

Fr. Remde

Nana San, Blüte

Fr. Böhl

Kinlo San, goldene Rose

Fr. Henning

Konura San, Bellchen

Fr. Möritz

Nami, japanische Brautjungfer

Fr. Henning

Takemini, Polizei-Offizier

Fr. Scham

Ein Seeladet

Fr. Schneider

Erster } Küster

Fr. Henner

Zweiter } Küster

Fr. Henner

Deliter

Fr. Henner

Ein Offizier

Fr. Henner

Ein Kull

Fr. Henner

Diennerinnen der Geishas

Fr. Henner

Die Gegenwart. — Ort: Japan.

Borsomende Tänze, Gruppierungen und Evolutionen arrangiert von Hof-Dekorateur J. Hollen.

Nach jedem 1. Alt findet eine längere Pause statt.

Einlaß 1, 7 Uhr. Anfang 1, 8 Uhr. Ende gegen 10 Uhr. Gew. Preisse.

M

# 2. Beilage zu Nr. 10 der Leipziger Volkszeitung, Dienstag, 14. Januar 1902.

## Reichstag.

116. Sitzung, Montag, 13. Januar 1902, 1 Uhr.

Am Bundesrat: v. Gohler, Graf Posadowsky, Lipps, Freiherr v. Richthofen.

Dte

### erste Beratung des Etats

wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Stoeckmann (Reichsp.): Wenn die Sozialdemokraten gegen die Zolltarifvorlage mit dem Schlagwort „Brotwucher“ kämpfen, so thun sie gut, dieses Wort auf ihre französischen Genossen anzuwenden, die für höhere Kornsätze gestimmt haben. — Im Gegensatz zum Abg. Richter halte ich den Ausbau von Verkehrs wegen in unseren Kolonien für sehr wichtig. Neue Verkehrswege sind für unsere Kolonien so notwendig wie das tägliche Brot. (Bravo! rechts.)

Abg. Werner (Antis.): Ich stimme mit dem Herrn Vorredner darin überein, daß wir dem Beispiel Englands und Hollands folgen, um unsere Kolonien rentabel zu machen. Das geschieht aber nur durch Ausbau der Verkehrswege. Dem Vorschlag des Abg. Dertel auf Einsilbung neuer indirekter Steuern kann ich mich nicht anschließen; sollten neue Steuern notwendig werden, so muß zunächst das Großkapital herangezogen werden.

Bayerischer Staatsrat v. Stengel: Werden die Matrikularbeiträge erhöht, so müssen wir die direkten Steuern erhöhen oder wichtige Kulturausgaben müssen zurückgestellt werden. Der einzige Ausweg, der uns bleibt, ist die jetzt vorgesehene Zuschussanleihe. (Bravo! rechts.)

Abg. Süder (wilhelms.): Hoffentlich geht die Krise bald vorüber. Bei den Bankbrüchen hat sich große Gewissenlosigkeit gezeigt. Das ist aber nicht auf das Konto der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu setzen, das beruht auf den Sünden des Kapitalismus. Eine Arbeitslosenversicherung wird notwendig sein, ebenso ein geregelter Arbeitsnachschub. — Was den Fall Spahn anlangt, so hat Herr Dr. Sattler nicht recht. Der Gegensatz zwischen katholischer und evangelischer Auffassung ist nicht der schärfste. Viel schärfer ist der Gegensatz zwischen theistischer und atheistischer Auffassung. — Die Kolonien müssen wir erhalten und weiter ausbauen. Wenn wir in 100 Jahren die nötige Baumwolle aus den Kolonien bekommen, haben wir sie nicht umsonst angelegt. Was die Kolonialpolitik betrifft, so sind mir aus Südafrika bittbare Klagen zugangen. Durch den Brannweinimport wird dort die Bevölkerung verderbt. Der Brannweinenguss ist verderblich für den Geist. Lieber führe man die Sklaverei wieder ein, die nur für den Körper verderblich ist. — Der Reichstanzler hat die ungebührlichen Neuerungen Chamberlains zurückgewiesen, er hätte aber gegen die ganze dem deutschen Volke unsympathische Politik Front machen sollen. Die systematische Verwüstung erstreckt sich auch auf deutsche Missionen im Burenlande. (Hört, hört rechts.) Das macht doch ein Einschreiten unserer Regierung notwendig. Thut sie es nicht, so verliert das Volk das Vertrauen zum Geiste der Regierung. Der Abg. Bebel hat es fertig bekommen, eine Parallele zu ziehen zwischen den Themen der Boxer und den Themen unserer Soldaten 1870/71. Mein, Herr Bebel, das dürfen Sie nicht! Auch unsere Feinde haben die Humanität unserer Truppen anerkannt. Natürlich ist der Krieg nicht nur Liebe, sondern auch Tod und Vernichtung. Redner erzählt einige Beispiele von Humanität deutscher Truppen. Und da entblößt sich eine Partei nicht, unter Verhalten 1870/71 zu vergleichen mit den Greuelnheiten der Boxer. (Ach rechts! Es sind auch nicht Deutsche, sondern Internationale!) Preußische Truppen haben Gelb für hungrende Chinesen gesammelt. Das Bedauern über die Instrumente will ich nicht wiederholen. Es gibt kein Parlament in der Welt, wo die Achtung vor dem Vaterlande durch solche Darstellungen so untergraben wird, wie bei uns durch die Sozialdemokratie. (Bravo! rechts.) An der Tapferkeit und Humanität unserer Truppen können nur Leute zweifeln, die durch die sozialdemokratische Presse um das eigene Nachdenken gebracht sind. Von allem Elend, Krisis und Arbeitsnot, ist das größte Elend doch, daß wir hier eine Partei haben, die so zur Verachtung des Vaterlandes aufreizt, wie die Sozialdemokratie. (Bravo! rechts.)

Staatssekretär v. Richthofen erklärt, daß von der Regierung alles nur mögliche für die in Südafrika gefangenen deutschen Missionare gethan worden sei.

Abg. Hesse (ant. Ab.): Ich werde mich von Übertriebungen und Schlupfworten fernhalten, das entspricht nicht meinem Geschmack. Wir Altbürgen sind mit der Freitag-Rede des Reichstanzlers sehr zufrieden, sie ist uns nur etwas zu spät gekommen. Die Auseinandersetzung im Volke war keine künstliche, sondern eine gerechte. Da der Minister Chamberlain erst vorgestern seine Worte aufrecht erhalten hat, müssen wir uns um so entschärter auf die Seite des Reichstanzlers stellen. Das Haager Abkommen ist in Südafrika von den Engländern in fast jedem Punkte verletzt worden. Waren Militärbevollmächtigte auf dem Kriegsspiel, so könnte man das ganz zwecklos feststellen. Ich begrüße es, daß man zurückhaltender gegen England geworden ist. Redner verbreitete sich über die Bedeutung und die Natur des Dreibundes. Es ist ganz richtig, daß Deutschland ihn etwas lächerlich behandelt. Der ungarische Ministerpräsident von Szell hat ganz falsche Behauptungen über die Tätsächlichkeit des aldeutschen Verbandes in Ungarn aufgestellt. Die ungarische Presse ist so weit gegangen, daß sie eine angebliche Neuherstellung des Kaisers anlässlich seiner letzten Reise nach Ungarn veröffentlicht hat, die gelautet haben soll, die Ungarn könnten gegenüber den Deutschen in Hermannstadt machen, was sie wollen. Ich frage die Regierung, ob diese Neuherstellung auf Wahrheit beruht.

Staatssekretär Frhr. v. Richthofen: Herr Hesse hat Unrecht, wenn er meinte, daß unsere Militärbevollmächtigten auf dem südafrikanischen Kriegsschauplatz eine Art Schiedsrichter hätten bilden können. Unsere Militärbevollmächtigten hätten lediglich Bericht zu erstatten gehabt und diese Berichte dürfen nicht veröffentlicht werden. Redner weiß dann einige Neuherstellungen des Abg. Liebermann v. Sonnenberg wegen ungenügenden Schutzes Deutscher im Auslande als unwohr zurück.

Abg. Dr. Hahn (W. d. L.): Im Volke besteht ein gewisses Misstrauen über die Neuherstellung des Herrn Reichstanzlers betreffend den Dreibund. Ein gewisses Misstrauen empfinde ich auch gegenüber den neuesten Liebenswürdigkeiten zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Deutschland. Bei der wirtschaftlichen Krisis, unter der wir jetzt zu leiden haben, sind vor allem die Spekulationen der Hautefinance schuld. Sollte noch in dieser Session das Vorbringen zur Verhandlung kommen, so würden wir uns bei dieser Gelegenheit ausführlich über die Ursachen der Krisis unterhalten und Mittel zur Verhütung ähnlicher Vorkommnisse vorschlagen können. Will die Sozialdemokratie wirklich den Arbeitern nützen, so muß sie ihnen dauernde Arbeitsgelegenheit verschaffen und diese ist nur bei der Landwirtschaft zu finden. Wenn es den Arbeitern aber gut geht, sind sie für die Sozialdemokratie nicht zu haben. (Sehr richtig!) Als Datum gegen die Sozialdemokratie müssen wir vor allem die Bauern schützen; an dem festigen Kern der Bauernschaft, der nur durch einen hohen Zoll erhalten werden kann, wird die Flut der Sozialdemokratie zerstören. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Wendt (Rp.) verbreitet sich über den Bahnbau in den afrikanischen Kolonien und polemisiert gegen den Abg. Richter. — Herr Bebel bezeichnete die Stellung der französischen Sozialisten in den Kornländern als eine Angelegenheit der inneren Politik, die in jedem Volke anders sein müsse. Das in Frankreich, wo der mittlere Grundbesitz überwiegt, von allen Parteien Betriebsbezüge fordern werden, beweist, daß diese nicht allein den Großgrundbesitzern zu gute kommen. Wie stellt sich denn die Sozialdemokratie

die Frage der Betriebsbezüge in der Zukunftsgesellschaft vor? Die Sozialdemokratie hat also gar keinen Antrag für Handelsverträge und Freihandel einzutreten und ich bin überzeugt, daß das jegliche schöne Bündnis zwischen Kommerzienten und Sozialdemokratie recht bald in die Brüche gehen wird. Ich halte die arbeitenden Klassen in Deutschland für einsichtig, daß sie einsehen, daß der Schutz der nationalen Arbeit und nicht der Freihandel in ihrem Interesse liegt. Ich wollte mich eigentlich auch zum Fall Chamberlain äußern, kann aber nach den vortrefflichen Ausführungen des Reichstanzlers darauf verzichten. Das, was Herr Bebel über den Krieg 1870 gesagt hat, übersteigt alles, was Herr Chamberlain gesagt hat. Das deutsche Volk wird Herrn Bebel die Antwort nicht schuldig bleiben. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Graf von Posadowsky: Unsere Absatzkrise und auch unsere Bankkrise stehen durchaus nicht im Zusammenhang mit der Handhabung des Börsegesetzes, wie Herr Hahn es darzustellen sucht. Manipulationen, die sich als strafbarer Eigennutz herausstellen, können wohl nachträglich bestraft werden, aber nicht auf Grund des Börsegesetzes verhindert werden. Die Durchführung des Börsegesetzes ist Sache der Einzelstaaten. Preußen hat ja einen Antrag auf Änderung des Börsegesetzes gestellt. Wenn dieser Antrag zur Verhandlung kommt, werden wir uns ja darüber verständigen können, ob und welche Aenderungen unabdingt notwendig sind.

Abg. Dr. Hermes (Frei. Wp.): Im Falle Spann stehe ich ganz auf Monomials Standpunkt. Die Professoren dürfen nur nach ihrer Tätigkeit angestellt werden. Redner kommt auf die Frage der Sacharinhysterie zu sprechen. Die letzte Vorlage wird die Sacharinhysterie zu unterstreichen. Wir werden uns ja noch eingehend mit der Frage beim Gesetz selbst beschäftigen. Ich hoffe, daß Centrum wird nicht helfen, die Sacharinhysterie zu ruinieren.

Abg. Fürst v. Radziwill (Pole): Auch wir akzeptieren das

Wort des Reichstanzlers, das heute im Abgeordnetenhaus gefallen ist: Auch wir lassen in nationalen Dingen nicht mit uns irgendeine

Ausweitung. Auch eine nationale Minderheit muß in ihrem Rechte verteidigt werden. Redner wendet sich gegen einige Neuherstellungen des Abg. Sattler über die Zustände in Gallien. Die Behauptung Dr. Sattlers, daß es jetzt in Gallien keine römische Volkschule gäbe, ist total unrichtig. Es gibt mehr römische, als volkliche Volkschulen. Danach kann man einen Schluss auf die Richtigkeit der übrigen Behauptungen Dr. Sattlers ziehen.

Hierauf wird ein Vertagungsantrag angenommen.

Zur Geschäftsbewilligung erklärt Abg. Bebel (Soy.), daß er sich

die Entgegnung auf den Reichstanzler und Kriegsminister für die weiteren Titel des Staates vorbehält.

Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr. (1. Fortsetzung der Etat-

beratung. 2. Interpellation Dr. Arendt betr. Entschädigung der

Kriegsblinden. 3. Interpellation Orlots betr. Reform der Militär-

pensions-Gesetzgebung.) Schluß 6½ Uhr.

### Zweite Sitzung der Zolltariffkommission.

(Eigenbericht der Leipziger Volkszeitung.)

Montag, 13. Januar 1902.

Hatten in der ersten Sitzung die Parteien bei der Aufführung des Arbeitsplans zum Gesetz klar gemacht, so rückten sie nun in der heutigen Sitzung zum Kampfe vor. Wie immer, waren die Sozialdemokraten in der Offensive; ihre Anträge schienen verblüffend auf die Gegner geworfen zu haben. Scheint diese anfänglich in ihnen eine geheime Vorbereitung zur Obstruktion, so hat diese Art von Obstruktion heute infolfern einen großen Erfolg gehabt, als sie die Gegner selbst in ihren Vammkreis zog. Schwelzend hörten sie lange die Reden der sozialdemokratischen und freisinnigen Redner an, allen Anpassungen zunächst widerstehend, bis endlich die direkte Prova-  
tation sie aus ihrem Schlußwinkel der Totschweigkunst hervorlockte. Es wäre auch zu blamabel gewesen, wenn z. B. die große Zentrumspartei wichtige verfassungsgeschichtliche Fragen in Bezug auf den Schutz von Reichstagsrechten mit völligem Schweigen übergegangen hätte. Die Nationalliberalen und Konservativen konnten ihrer inneren Natur nach selbstverständlich über die strittigen Fragen eher keine bestimmte Meinung fassen, als bis die Regierungsvertreter die Stellung der Regierung präzisiert hatten. Als dies geschehen war, ging dann die gesamte Kommission den sozialdemokratischen Obstruktionsweg, d. h. sie nahm einen prinzipiell für die Rechte des Reichstags eintrittenden Antrag der sozialdemokratischen Mitglieder einstimmig an. Das ist die klassifizierte Anerkennung der Rothenburgschaft sozialdemokratischer „Obstruktion“. Vielleicht haben sich in dieser Sitzung eine Anzahl Gegner von der Furcht vor der Obstruktion emanzipiert. Über den Verlauf der Sitzung, die einige Male recht unangenehm durch den barschen Ton des Vorsitzenden, Herrn v. Kardorff, berührt wurde, giebt der nachfolgende Einzelbericht Auskunft.

Der Vorsitzende v. Kardorff eröffnet die Sitzung mit der Erklärung, daß er den Antrag Bebel und Genossen — der in § 1 eine völlige Umgestaltung des Absatzes I dadurch herbeiführen will, daß er Brotgetreide und Hülsenfrüchte, Butter, auch künstliche Fleisch, Geflügel und Blut aller Art; Heringe; Mühlensäfte aus Getreide und Hülsenfrüchten z. B.; Schmalz von Schweinen und Gänsen; Stearin; Eier; lebendes Zug- und Schlachtvieh aller Art zuläßt — bei der Diskussion des Absatz 1 nicht zur Beratung zu lassen will, er gehöre zum Zolltarif.

Singer widerspricht dem ganz energisch und weiß nach, daß § 1, Abs. 1 des Gesetzes auf diese Materie Bezug nimmt. Deshalb müßte der Antrag zur Beratung kommen, wenn nicht ganz unhaltbare Zustände für die Kommissionsberatung geschaffen werden sollten.

Speck (Centr.): Die Anträge Bebel und Genossen unter Absatz 1 gehören zum Zolltarif, und wir haben den Beschluss gefaßt, den Tarif jetzt nicht zu beraten. Wir könnten aber event. Absatz 1 jetzt auslassen bei der Beratung.

Stadthagen: Wir waren gezwungen, so vorzugehen, weil § 1, Abs. 1 befagt „nach Maßgabe des Zolltarifs“ z. B. Wollen Absatz 1 beraten, müssen Sie, um konsequent zu sein, unseren Antrag mit beraten. Anders, wenn Sie Absatz 1 zurückstellen wollen. Dann beginnen Sie meinewegen mit der Beratung des Gesetzes in der Mitte.

Vorsitzender: Wenn kein Widerspruch erfolgt, beginnen wir die Beratung mit Absatz 3. (Widerspruch erfolgt nicht.)

Stadthagen: Die Bestimmungen des Absatz 3 greifen tiefer in die Bestimmungen der Beratung ein. Es scheint mir nicht zulässig zu sein, Rechte des Reichstages mit dieser Bestimmung aufzugeben. Nicht nur dieser Reichstag, auch der für die Zukunft soll außer Amts gegeben werden, und nur der Bundesrat wird sozusagen als sachverständig erachtet. Der Bundesrat braucht nicht so viel Sachverständnis für sich in Anspruch zu nehmen, andere Faktoren sind ebenso sachverständig. Für die Kolonien und Schutzgebiete sollen sogar die Bestimmungen des § 1 noch schlimmer wirken. Der Reichstag ist das Cremum der verschiedensten Interessen, die Fühlung in weiteren Kreisen haben, als der Bundesrat.

Bezuglich des ersten Satzes im Absatz 3 würde ich nach „Bundesrat“ einzuschalten: „mit Genehmigung des Reichstags“. Widerspruchsvoll sind die Bestimmungen des Entwurfs in jeder Hinsicht. Das deutsche Zollgebiet kann nicht allein der Bundesrat abgrenzen. Man kann nicht die polnischen Verträge von 1772 außer acht lassen.

Vorsitzender (scharf dazwischen): Ich lasse eine Debatte über diese polnischen Verträge nicht zu.

Stadthagen: Ich mache daran aufmerksam, daß bei Abgrenzung des Zollgebietes im Plenum 1879 die polnischen Verträge in der Debatte berücksichtigt wurden.

Vors.: Ich lasse nicht zu, die polnischen Verträge weiter zu besprechen.

Stadthagen (fortfahren): Wie man die Abgrenzung des Zollgebietes vornehmen will unter Ausschluß gewisser Verträge und eventuell großer geographischer Gebiete, ist mir unverständlich. Nach den Eingriffen des Herrn Vorsitzenden behalte ich mir vor, an anderer Stelle die polnischen Verträge im Zusammenhang mit dem Gesetz einzugehen und zu besprechen. Ich ersuche Sie, unseren Antrag anzunehmen, um die Rechte des Reichstags zu wahren.

Von sozialdemokratischer Seite wird beantragt, Absatz 8 bes

§ 1 wie folgt zu gestalten:

Auf die Ereignisse der deutschen Zollausschlüsse, der deutschen Kolonien und Schutzgebiete finden die vertragsmäßigen Zollbefreiungen und Zollerlaubnisse Anwendung. Bei der Einfuhr von Waren aus Deutschland in die deutschen Kolonien und Schutzgebiete dürfen Zölle nicht erhoben werden.

Gothain: Ich kann diesem Antrage nicht zustimmen. Man kann unsere Kolonien nicht mit Kolonien anderer Staaten, z. B. Englands, vergleichen. Schaffen wir einen solchen Präzedenzfall, wäre das für England vielleicht sehr angenehm, aber unsere Finanzen würden geschädigt.

Unterstaatssekretär v. Richthofen: Das gesamte Finanzwesen der Kolonien würde lahmgelegt, wenn wir die Kolonien zollfrei machen.

Stadthagen: Sie greifen in das Eigentum der Deutschen in den Schutzgebieten ein, wenn Sie deren Bedürfnisse durch Zölle versteuern. Das deutsche Reich ist wohl im Stande, Verträge mit anderen Staaten abzuschließen, die eine Kollision unmöglich machen. Ich bitte Herrn Gothein, seinen Widerspruch gegen unseren Antrag aufzugeben; es wäre inkonsistent, den beteiligten Kreisen in den Kolonien und den Schutzgebieten den von uns geforderten Schutz zu versagen.

Brömel: Es ist nicht der leideste Versuch gemacht, die fraglichen Bestimmungen des Gesetzes zur Bevorrechtigung des Bundesrats zu begründen. Das ist doch merkwürdig. Darum muß ich Nachdruck darauf legen, daß der Antrag angenommen wird, der dem Bundesrat nicht allein das Recht zuschreibt, das Zollgebiet abzugrenzen. Von dem Augenblick, wo der Bundesrat beschließen darf, wie das Zollgebiet abzugrenzen, ist der Reichstag völlig machtlos. Schwierigkeiten ergeben sich nicht durch das Zusammenwirken der beiden gesetzgebenden Kammern, Reichstag und Bundesrat. Ich warne dringend vor Annahme dieser Bestimmung des Entwurfs. Kollege Stadthagen mag ein weites Herz für unsere Landsleute in den Kolonien und den Schutzgebieten haben, aber ich halte es nicht für gut angängig, nach dem Antrage Stadthagen und Genossen zu versagen.

Graf v. Posadowsky: Das Material, daß der Zollwirtschaftsrat in seinen Beratungen über die vorliegende Materie nichts gegeben hat, wird der Kommission sofort zugeleitet. (Wird verteilt.)

Bundeskommisar für Württemberg Gothein: Die Fassung des Gesetzes will dem Bundesrat die Möglichkeit geben, in streitigen Fällen sofort möglichst eingreifen zu können.

Singer: Es macht den Eindruck, als ob die Herren von der Majorität die Absicht hätten, sich zu unseren Anträgen nicht zu äußern, damit die Absichten des Herrn Vorsitzenden nicht vereitelt werden. (Hellerkeit.) Die Verträge Österreichs und Augsburgs haben für die Kolonien gar keine Bedeutung. Es ist ganz eigenartlich, daß der Reichstag bei der Mitwirkung in der Anwendung eines Gesetzes, wie dem Zolltarif, außer Aktion gestellt werden soll. Und sonderbar muß es erscheinen, daß die Minderheit in der Kommission (Sozialdemokratie und Freisinnige) für die Rechte des Reichstages hier eintreten müssen. Ich hatte das vor allen Dingen von Centrum erwartet. Es hat oft Differenzen gegeben, weil der Bundesrat mehr Rechte für sich in Anspruch nahm, als er dem Reichstag zugab. In diesen wichtigen wirtschaftlichen Fragen hat dies noch höhere Bedeutung. Der Bundesrat hat nicht allein über die wirtschaftlichen Interessen des Volkes zu befinden. Die Verfassung darf nicht in dieser Beziehung außer Kraft gesetzt werden. Der Herr Kolonialdirektor hat jüngst im Plenum gesagt, die Kolonien müßten genau wie das Mutterland behandelt werden. Mit diesem Ausspruch steht die von uns angefochtene Bestimmung in Wider spruch. Wir können eine Aenderung des Gesetzes nicht allein in das Erneffen des Bundesrats stellen — unseren Antrag müssen Sie darum annehmen.

Was den weiteren Teil unseres Antrags anlangt, so meine ich, wenn wir vom Reich Millionen aufzuwenden, um das wirtschaftliche Leben der Kolonien zu leben, so kann man sie nun doch durch das Zolltarif und den Zolltarif nicht schlechter stellen, als das Mutterland. Dann könnte man die für die Kolonien ausgeworfenen Millionen sparen. Redner erfuhr dringend, den Eventualantrag zur Wahrung der Rechte des Reichstags unter allen Umständen anzunehmen. (Eventualantrag siehe unten.)

Unterstaatssekretär v. Fischer: Die Vorlage geht dahin, das gestellte Recht im Gesetz festzulegen. Der Bundesrat befürchtet das sehr. Um Mißbräuchen vorzubeugen, haben wir die Bestimmungen bezüglich der Kolonien aufgestellt. Der Bundesrat wird so verfahren, ob der Passus im Gesetzentwurf angenommen wird oder nicht.

Brömel: Ich lege Bewahrung gegen die staatsrechtliche Auffassung des Unterstaatssekretärs ein. Der Bundesrat hat die Verfassung und die vertragsmäßigen Beschlüsse des Reichstages zu achten. Nun bitte ich erst recht dringend, dieser Auffassung des Bundesrats entgegenzutreten durch Annahme des Antrages Stadthagen und Genossen. Ich erhebe

Bundesrat begreife ich nicht; wie will man das begründen? Was hat sich denn der Bundesrat gedacht, als er dies machte. Säänder wird nichts — heißt es jetzt — o, sehr viel. Aus der Verfassung können keine Gründe dafür hergeleitet werden. Die große Industrie wäre der Willkür des Bundesrats völlig preisgegeben, wenn er nach der streitigen Bestimmung verfahren darf. Redner erklärt die Verhältnisse einzelner Industrien und der Ausfuhr ihrer Waren und wundert sich, wie der „Ministerresident“ der Hosen resp. Hanstädte der Bestimmung zustimmen konnte. Er mußte doch die Schwierigkeiten in den Freibasengebieten kennen.

**Spoahn:** Wenn man den freitlichen Passus streichen würde im Absatz 8, dann würde nichts geändert, es bleibe bei dem bisherigen Recht, das gebe ich dem Unterstaatssekretär zu. Ich lege dem ganzen Absatz gar keinen so großen Wert bei.

**Unterstaatssekretär v. Fischer:** Streichen Sie den Passus, dann haben wir nichts dagegen; es bleibt dann beim alten. Die Bundesratsvertreter für Hamburg und Bremen haben den Beschlüsse zugestimmt.

**Singer:** Ich freue mich, den Schlüssel zum Dessen des Bundesrates der Mehrheit gefunden zu haben. Die Sache ist doch auch zu wichtig. Wir sind gegen die Streichung des Absatzes. Nachdem die Bestimmung so interpretiert ist, daß nach bisheriger Gebrauch der Bundesrat doch so verfahren würde, wie er es nach der streitigen Bestimmung will, müssen wir diese Sonderstellung des Bundesrates befehligen. Das will unser Antrag. Passus will einen Ausweg, den wir in unserem Eventualantrag berücksichtigen, aber ich hoffe, es kommt nicht zur Annahme dieses Antrags; nehmen Sie nur unseren prinzipiellen an. Die Bereitwilligkeit, mit der die Regierung jetzt auf die Streichung eingehen will, muß Sie stützen machen.

**Schulsekretär v. Thielmann:** Der Antrag, dem Reichstag bei seinem Zusammensetzung Mietteilung von den vom Bundesrat nach Absatz 8 gemachten Ausnahmen zu machen, und das, wenn der Reichstag dieselben nicht zulässt, sie rückgängig zu machen sind, findet bei der Regierung keine Bedenken.

**Brömel:** Auf die Anfragen Goethels ist eine Antwort von der Regierung nicht erfolgt, ich konstatiere das.

**Hirschbeck:** Wenn der Krieg Abwehrmaßregeln erfordert, muß sie Reichstag und Bundesrat gemeinsam treffen.

**v. Posadowsky:** Krieg muss man vermeiden, so lange es geht. Kommt er, muß das Gesetz und Abwehrmittel geben. Es kann nicht die Absicht der Regierung sein, eine Industrie zu schädigen. Die Regierung hat auch nicht das geringste Bedenken, wenn der Antrag Stadthagen angenommen wird, d. h. daß die von ihm gesetzte Bestimmung dem Satz 1 in Absatz 8 zugefügt wird.

**Stadthagen:** Ich und meine Freunde sind mit der eben gehörten Absicht einverstanden. Redner weist auf weitere einschlägige Artikel der Verfassung hin. Ich nehme nach den Erklärungen des Herrn Staatssekretärs v. Posadowsky durchaus nicht an, daß die Regierung die harte Absicht gehabt habe, die Rechte des Reichstags anzugreifen, aber prinzipiell ist unser Antrag nötig, um keinen verfassungswidrigen Beschuß zu schaffen. Und dann bitte ich Sie, nun auch unseren Antrag bezüglich der Kolonien noch einmal genau anzuhören, er will ebenfalls ein entstehendes Unrecht verhindern.

**Dörlsberger:** Es ist ein Schlußantrag angeklungen worden.

**Singer:** Es sollte doch gewartet werden, bis ein Schlußantrag vorliegt. Die Debatte über solch wichtige Dinge sollte man so weit wie möglich plegen, es kommt dabei auf eine Bleierteilung nicht an, wenigstens wird die eventuell gewonnene Klarheit später Reiterparade bedeuten.

**Dörlsberger:** Ich gebe zu, daß ein Schlußantrag vorhin noch nicht schriftlich vorlag.

**Goethe:** Kommt noch einmal auf seine vorher gemachten Ausführungen zurück.

Dann tritt Schluß der Debatte ein.

Nach einer Geschäftsführung debattie über die Reihenfolge der Abstimmung über die einzelnen Anträge findet diese statt.

**Dem L. Satz in Absatz 3 § 1 des Tarifgesetzes, der da lautet:**

Auf die Ereignisse der deutschen Bauschließungen finden die vertragsmäßigen Bausicherungen und Baulermäßigungen Einwendung, soweit nicht der Bundesrat Ausnahmen vorschreibt,

wird auf einstimmigen Beschuß der Kommission der Antrag Bebel und Genossen zugesagt:

Die getroffenen Anordnungen sind dem Reichstag sofort oder, wenn er nicht versammelt ist, bei seinem nächsten Zusammensetzung mitzuteilen. Sie sind außer Kraft zu setzen, wenn der Reichstag die Zustimmung nicht erteilt.

Dagegen wird der Antrag, in Satz 1 nach „Bundesrat“ einzuschalten: „mit Genehmigung des Reichstags“ gegen 8 Stimmen abgelehnt.

Der sozialdemokratische Antrag bezüglich der Kolonien und Schutzgebiete wird mit allen gegen die 4 sozialdemokratischen Stimmen abgelehnt.

Da die Plenarsitzung bald beginnt, wird die Sitzung auf Dienstag vormittag 10 Uhr vertagt. Es waren in der Sitzung ca. 25 Bundesräte anwesend.

## Sächsischer Landtag.

**s. Dresden, 18. Januar.**

24. Sitzung der 2. Kammer.

Beginn mittags 12 Uhr. Vorberatung des Defreis 25 über die Erhöhung der Gerichtsgebühren.

**Abg. Kühlmorgen-Dresden (kons.)** beantragt, den Entwurf an die Gesetzgebung und an die Finanzdeputation zu verweisen. Abg. Schill-Lipzig (nat.-lib.) hält, die Deputationen möchten erwarten, ob nicht ein Paragraph eingeschalten sei, der bestimme, wie lange das Gesetz gelten solle.

Nächste Sitzung morgen 10 Uhr, Schlussberatung über die Petitionen 27, 36, 28 und 34.

Dauer der Sitzung 9 Minuten.

## Aus den Verhandlungen des preußischen Landtags.

Auf die beiden Interpellationen, die von Seite der Abg. Hobrecht und Jägerowski gestellt worden waren (s. Parlamentsbriefe) antwortete Graf v. Bülow in der Sitzung des preußischen Landtags vom 13. Januar mit einer längeren Rede, in der er sagte:

Ich bin dem hohen Hause dankbar, daß es die beiden Interpellationen zusammengelegt und mir dadurch die Möglichkeit geboten hat, mich über diesen Gegenstand im weiteren Rahmen auszusprechen. Was ich sofort feststellen möchte, ist, wie maklos der Breschener Vorschlag nicht nur von der politischen Presse, sondern zu meinen Bedauern auch von dem Abg. v. Jägerowski übertrieben und aufgebaut worden ist. (Widerspruch bei dem Polen.) Man hat diesen Vorgang nicht nur zum Gegenstand politischer Demonstrationen in der Presse und in Verlammungen gemacht, sondern man hat sogar, glücklicherweise völlig vergebens, die Vorsitz auszuüben, um uns internationale Schwierigkeiten zu bereiten. (Sehr wahr!) Der Kultusminister wird beweisen, daß sich aus dem Vorgehen der Schulverwaltung in Breschen in keiner Hinsicht ein Skandal ergibt. Es sind dort nur diejenigen Bestimmungen über die Unterrichtssprache bei Erteilung des Religionsunterrichts zur Anwendung gebracht worden, welche für gewiss sprachliche Provinzen seit 30 Jahren generell bestehen. (Hört, hört!) Von der ihr geleglich zustehenden Beklagung hat die Regierung mit großer Voricht einen sehr allmählichen Gebrauch gemacht, und zwar erst dann, als insbesondere die Kinder der katholischen Stadtschule in der Kenntnis der deutschen Sprache so weit gefördert waren, daß sie dem Unterricht in deutscher

Sprache folgen können. Wenn es trotzdem in Breschen zu diesem bedauerlichen Vorgang gekommen ist und zu schweren Bestrafungen einer Anzahl Einwohner, so liegt die Schuld nicht an der Staatsregierung, sondern an einer plausiblen Agitation, welche darauf abzielt, die Kinder gegen die Lehrer, die Eltern gegen die Obrigkeit auszuhöhlen. (Sehr richtig! rechts. Widerspruch bei den Polen.) Die preußische Regierung ist von Grausamkeit gerade so weit entfernt, wie die deutsche Rechtslage. Trotz jener Agitation, welche sich nicht damit abfinden kann, daß Polen und Westpreußen deutshes Land geworden sind (Vorfall), obgleich die Lehrer im Rahmen des ihnen zustehenden Bildungsbereichs gehandelt haben, trotzdem nehme ich Ihnen Anstand, zu erklären, daß gerade im vorliegenden Falle beim Religionsunterricht die Anwendung der Körperstrafe, auch wenn sie, wie es tatsächlich der Fall war, in sehr unschuldigen Grenzen geblieben ist (Burke bei dem Polen: Ja, ja!), nicht wünschenswert erscheint, und es ist Vorsorge getroffen worden, daß die Körperliche Strafe als Disziplinarstrafe im Religionsunterricht nicht mehr zur Anwendung gelangen soll. (Vorfall) Die Schulverwaltung in Posen, die ich vollständig in Schnecken muß gegen die Angriffe des Abg. Dr. v. Jagdewski, deren Verhalten unter schwierigen Verhältnissen ich anerkenne, besteht auch andere und nicht minder wirksame Mittel, um die Kinder zur Ordnung anzuhalten.

Die preußischen Staatsbürger polnischer Zunge bedienen sich ihrer Muttersprache im Verkehr; kein Mensch verhindert sie zu ziehen, wie Ihnen der Schnabel gewachsen ist. Sie sollen die deutsche Sprache lernen können, weil sie im geschäftlichen Verkehr der deutschen Sprache mächtig sein müssen. Sie sollen in den Stand gesetzt werden, an den deutschen kulturellen Einrichtungen teilzunehmen. Durch den Religionsunterricht in deutscher Sprache wird der deutsche Charakter der Schule gewahrt, und die Schulverwaltung bleibt davon bewahrt, den gefälschten Unterricht volkstümlichen Lehrern anzuvertrauen. Wir werden die Grundsätze an, die sich in einer langen Praxis bewährt haben, ohne überflüssige Härte, aber auch ohne Schwankungen. (Vorfall) Wir werden es nicht dulben, daß der Religionsunterricht missbraucht wird, um deutsche katholische Kinder zu volkstümlichen. (Widerspruch bei dem Polen.) Ich versichere, daß uns eine Zurücksetzung und Kränkung der katholischen Kirche und der polnischen Bevölkerung vollständig fern liegt, daß ich im Osten wie im Westen auf dem Boden der Gleichberechtigung der Konfessionen stehe, daß ich wünsche, daß jedem die Religion erhalten bleibt, in der er sich glücklich fühlt. In nationalen Fragen verstehe ich keinen Spaz. (Vorfall) Es handelt sich im Osten nicht um die Vertreibung des katholischen Glaubens, sondern darum, daß preußische Staatsbürger, daß deutsche Sprache und Gesetze nicht zu Grunde gehen, es handelt sich nicht um konfessionelle, sondern um nationale Fragen, und an solchen Aufgaben können und sollen die Vertreter aller Konfessionen teilnehmen.

Wie liegen heute die Verhältnisse in unseren östlichen Provinzen? Früher kam nur der polnische Adel in Betracht, der die Führung übernahm in der Leitung der Agitation. Daneben stand das ländliche und städtische Proletariat, welches am politischen Leben nicht teilnahm. Diese Situation hat sich im Laufe der letzten Jahre vollständig verändert. Dank dem großen Segen der preußischen Verwaltung und unserer verfassungsmäßigen Zustände ist in den Städten des Ostens ein volkstümliches Bürgertum herangewachsen, welches in gewissem Gegensatz zum Adel steht und die Führung der nationalpolnischen Bewegung übernommen hat. In Stadt und Land finden Sie jetzt polnische Aerzte, Rechtsanwälte, Bauunternehmer und Kaufleute, welche unter rücksichtsloser Boykottierung deutscher Gewerbetreibender in fanatischer Weise die nationalpolnischen Interessen vertreten. Sie bilden eine feste gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Einheit, welche die Wiederherstellung der ehemals polnischen Landesstelle erstrebt. Trotz der Thätigkeit der deutschen Ansiedlungskommission in den letzten Jahren ist weit mehr an Besitz aus deutschem in polnische Hände übergegangen als umgekehrt. (Hört, hört!) Gegenüber dieser plausiblen und stets grosspolnischen Agitation, der es auch nicht an den erforderlichen Gelbstücken fehlt, die in enger Fühlung steht mit einer großpolnischen Agitation, wird die deutsche Bevölkerung in den östlichen Provinzen in Schwierigkeiten versetzt, sich in ihrem Felde zu erhalten.

Gegenüber dieser Gefahr darf die Regierung die Hände nicht in den Schoß legen, es ist ihre heiligste Pflicht, diesem Ansturm gegen das Deutschtum entgegenzutreten und die deutschen Elemente zu stärken und widerstandsfähig zu machen. Man kann beklagen, daß unsere östlichen Provinzen der Schauspiel nationaler Kämpfe sind. Nachdem aber diese Kämpfe von polnischer Seite eröffnet worden sind (Rachen bei den Polen) und mit steigender Erhöhung geführt werden, haben wir die Wahl zwischen zwei Möglichkeiten: entweder uns ohne Kampf in die Hände der Polen zu geben, oder uns energisch unserer Haut zu wehren. Wir können es nicht dulben, daß die Wurzel der deutschen Kraft verdorrt und unter Volk an der Weichsel, der Warthe und der Oder von einem fremden Volksumsturz überflutet und ausgesogen wird. (Vorfall.)

In erster Linie werden wir darauf bedacht sein, die Deutschen, welche in jenen Gegenden bereits vorhanden sind, möglichst festzuhalten und ihre Leistungsfähigkeit zu stärken. Wir werden die deutschen Elemente in Stadt und Land fördern und ihre Abwanderung zu verhindern suchen. Wir werden an der zielbewußten Politik der Ansiedlung deutscher Bauern in den Ostimarken, die wir seit 15 Jahren durchgeführt haben, unentwegt festhalten und sie in beschleunigtem Tempo fortführen. Sobald die Fonds erschöpft sein werden, werden wir Sie um die Bewilligung weiterer reichslicher Mittel bitten. (Vorfall rechts.) Neben dieser Politik der Erhaltung und Stärkung der deutschen Bauern soll die Förderung der Landeskultur und Erhebung des Kreditwesens gehen, um den Grundbesitz zu fördern. Damit soll Hand in Hand gehen eine stärkere Fürsorge für die Städte im Osten; gegenüber dem gerade in den Städten blühenden volkstümlichen Mittelstand muß eine Erhebung und Schaffung des deutschen Handwerks, der Kleingewerbetreibenden und Kleinbauern in die Wege geleitet werden. Deutscher Handel und Industrie muß unterstützt werden durch gewerbliche Fortbildungseinrichtungen. Von großer Bedeutung wird auch die Belegung der Städte mit Garnisonen sein. (Vorfall rechts.) Ich freue mich, Ihnen mitteilen zu können, daß von dem Kaiser für Breschen und Schrimm mehrere Bataillone sicher gestellt werden.

Es sind mancherlei Klagen ausgeworfen über die deutsche Verwaltung im Osten. Ich bin der Meinung, daß im großen und ganzen auch im Osten der deutsche Beamte seine guten Eigenheiten, seine fröhliche Hingabe an das ihm anvertraute Amt bewahrt hat. Ich nehme aber gar keinen Anstand zu sagen, daß nach meiner Aussicht — und aus dieser werde ich die nötigen Konsequenzen ziehen — unsere Beamten dort eine besonders ehrenvolle, aber auch eine besonders verantwortungsvolle Stellung einnehmen, und ich nur solche Beamte dulben werde, die sich dieser Verantwortung immer bewußt sind. (Vorfall.) Gerade der Beamte im Osten soll sich nicht nur als Bürokrat fühlen und als Mandarín auftreten, sondern als Mensch unter Menschen, der das Bedürfnis der Bewohner seiner Provinz ohne jeden Unterschied des Standes wahrt nimmt. Ich betrachte eine Ansiedlung in den östlichen Provinzen als eine besondere Auszeichnung. Andererseits aber haben die Beamten auch Anspruch darauf, daß ihnen das Leben auch angenehm gestaltet wird. Dazu soll der Bau von Dienstwohnungen dienen, an denen es vielfach fehlt. Wünschenswert wird für die mittleren und kleineren Beamten die Bildung von Genossenschaften sein. Besonderer gesetzgeberischer Maßnahmen bedarf es zur Zeit nicht, womit ich mir jedoch in keiner Weise die Hände für die Zukunft binden will. Von großer Bedeutung sind natürlich die zur Verfügung stehenden Mittel. Die Regierung hofft, daß, wenn sie mit Forderungen an Sie herantritt, Sie Ihr die Mittel nicht versagen werden. (Vorfall.) Vorläufig ist ein Dispositionsfonds bis zu einer Million Mark vorgesehen, über deren Verwendung die Oberpräsidenten entscheiden werden. Sollte

diese Summe nicht ausreichen sein, so werden wir eine Erhöhung im nächsten Etat beantragen. Weiter wird zu erwägen sein, ob den Beamten in den gerichtlich-sprachlichen Landesstellen eine Bulle zu gewähren sein wird. (Vorfall rechts.) Der Abg. v. Jagdewski hat die Rechtmäßigkeit unseres Besitztitels an unseren östlichen Provinzen angezweifelt. Wir haben diese Provinzen mit dem Schwert erobert in den Schlachten von Möckern, Dennewitz und Waterloo. Unter Recht auf Polen und Westpreußen ist so heilig wie das Recht anderer Staaten auf ihren Besitzstand. Niemand denkt daran, anderen Staaten zuzumuten, daß sie ihre Eroberungen preisgeben sollen, nur uns Deutschen werden solche Summungen gemacht. Das ist eine alte Gewohnheit anderer Leute. Ich erinnere an die Demonstration, die sich lärmlich an der Universität der Hauptstadt des Landes polnische Studierende herausgenommen haben gegen den deutschen Professor der Geschichte, weil er die Geschichte der polnischen Bewegung im vorigen Jahrhundert in einer der Herren nicht genehmen Weise vortrug. Ich möchte wirklich wissen, was in Paris oder sonstwo passieren würde, wenn dort deutsche Studenten gegen einen französischen Professor so demonstrierten würden. (Gebrochene Zustimmung.) Wenn man den Forderungen der Polen nach Polen und Westpreußen nachgeben würde, so würden sie die Hand nach Schlesien und Ostpreußen ausstrecken. (Sehr richtig!)

Die Mehrheit wird mit mir darin einverstanden sein, daß wir solche Bestrebungen mit Energie bekämpfen müssen, welche gezeigt sind, das Deutschtum im Osten zu schwächen. (Vorfall.) Als Ministerpräsident erkläre ich, daß unsere preußische Olimpianpolitik die nationalen Geiste nicht verlassen wird, welche ihr der größte deutsche Staatsmann, Fürst Bismarck, vorgezeichnet hat. (Vorfall) In Schwanungen und Nachgebildet werden wir nicht verfallen. Wir werden aber die Gefahr im Osten nur dann bannen können, wenn der Deutsche handelt nach dem Spruch: Selbst ist der Mann. Alle Bestrebungen, die Einigkeit zu fördern, sind vom Uebel, mag es sich um konfessionelle oder andere Fragen handeln. Es hat eine Zeit gegeben, wo man vom „heiligen römischen Reich“ sprach. Wir denken nicht daran, diese Zeit zurückzufinden. Es ist kein Glück des deutschen Volkes, daß eroberungslustig wäre. Was der deutsche Orden erworben hat im Osten mit seinen wirtschaftlichen und politischen Bestrebungen, das ist ein leichtes Stolt aus dunklen Jahrhunderten, dessen Wiedergewinnung und Verschmelzung mit dem Deutschtum der schönen Ruhmesfunktion der preußischen Könige ist. Wir wollen stets einen Gedenkstein des Wortes: „Was du ererbt von deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besiegen.“ (Vorfall)

## Gemeinde-Zeitung.

**Schönesfeld.** (Gemeinderatsitzung vom 10. Januar.) Zunächst wird mitgeteilt, daß Schönesfeld bei Einquartierung mit 20 Offizieren, 1200 Mannschaften und 120 Pferden belegt werden kann. Schönesfeld ist im Monat Dezember 1901 um drei Einwohner zurückgegangen. Die Einwohnerzahl beträgt 11780. Von den Protokollen des Bauausschusses vom 22. November, 10., 18. und 16. Dezember 1901 und 7. Januar 1902 wird Kenntnis genommen. Verhandlungsgegenstände waren Lütticher Straße, Bebauungsplan der Herren Roth und Kraut, Armeenbauzaun, Rechnungen (Maurerarbeiten), Baugenehmigungsgesuch des Herrn Biegner, sowie dessen Gesuch um Erlaubnis der Straßenbaufauktion, Übernahme der Fußwege in der Dimpfel-, Quer- und Mittelstraße. Zum Kraftschen Bebauungsplan werden einige Änderungen im Ortsabgutzege vorgenommen; im übrigen schlägt sich der Gemeinderat den Vorschlägen des Bauausschusses an. Von den Protokollen des Finanzausschusses vom 17. Dezember 1901 und 8. Januar 1902 wird Kenntnis genommen. Zum Gesuch der Leichenfrau Stelzer, um Erhöhung ihrer Gehalts zu beschließen, wird beschlossen, diese Angelegenheit zur nochmaligen Prüfung an den Finanzausschuss zurückzugeben. Beitrags der Steuererlaß- und Gestaltungsgesetze, sowie der Beitragsabgaben angelegentlich der Frau Andner schlägt sich der Gemeinderat den Vorschlägen des Finanzausschusses an. Zur Anstellung eines Schuhmanns wird der Militärarbeiter Winkler in Aussicht genommen, jedoch soll er erst vom Gemeindearzt Herrn Dr. Schmidt auf seinen Gesundheitszustand untersucht werden.

**Engeldorf.** Gemeinderatsitzung vom 10. Januar. Die Wahl eines Gemeindewortfusses fällt auf den Gutsbesitzer Paul Mattheis mit elf von dreizehn Stimmen. Genannter nimmt die Wahl unter der Bedingung einer Gehalts erhöhung an. Der Gemeinderat beschließt einstimmig, das Gehaltsgehalt von 500 Mk. auf 900 Mk. zu erhöhen und zwar auf drei Jahre. Sollte die Einwohnerzahl in drei Jahren 1000 Personen betragen, so steigt das Gehalt für die anderen 3 Jahre der Amtsduauer auf 1000 Mk. Es ist hierzu noch Festlegung der Amtshauptmannschaft erforderlich.

## Bericht über die Leipziger Produkten-Börse.

Sonntagnachmittag den 11. Januar 1902.  
(Mitgeteilt von Gebr. Glass.)

Weizen per 1000 kg netto fest	inländischer	169—175 bez. Bef.